Zeitschrift: Zeitschrift für schweizerische Kirchengeschichte = Revue d'histoire ecclésiastique suisse

Herausgeber: Vereinigung für Schweizerische Kirchengeschichte

Band: 75 (1981)

Artikel: Der Untergang des Fürstbistums Basel (1792-1815) : der Kampf der beiden letzten Fürstbischöfe Joseph Sigismund von Roggenbach und Franz Xaver von Neveu gegen die Säkularisation

Autor: Jorio, Marco

Kapitel: VI: Enttäuschte Hoffnungen (1813-1815)

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-130042

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 08.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

VI. ENTTÄUSCHTE HOFFNUNGEN (1813–1815)

1. Das herrenlose Land

Neveu fordert die weltliche Herrschaft zurück

Die Völkerschlacht bei Leipzig vom 16. bis 19. Oktober 1813 und der rasche alliierte Vorstoß an den Rhein brachten die Herrschaft Napoleons ins Wanken. Am 15. November 1813 versammelte sich in Zürich die außerordentliche Tagsatzung unter dem Vorsitz von Landammann Reinhard und erklärte die Neutralität der Schweiz. Unter Mißachtung des eidgenössischen Territoriums überschritten am 21. Dezember 1813 die verbündeten Armeen unter Feldmarschall Schwarzenberg den Rhein und stießen über den Schweizer Jura auf das Plateau von Langres vor. Innert wenigen Tagen waren die Arrondissements Pruntrut und Delsberg von den Verbündeten besetzt. Die französischen Beamten verließen fluchtartig das Land [1].

Aufmerksam hatten Neveu und Schumacher von ihrem Offenburger Exil aus den sich anbahnenden Sturz der französischen Hegemonie verfolgt. Am 18. Dezember eilte der Fürstbischof nach Freiburg i. Br., wo Kaiser Franz, Zar Alexander und König Friedrich Wilhelm zu Beratungen zusammengetroffen waren [2]. Er sprach bei allen drei Monarchen vor und versuchte, sie für die Wiederherstellung des Fürstbistums und der Diözese Basel, sowie für eine rasche Lösung der Pensionsfragen zu gewinnen. Mehr als vage Versprechen konnte Neveu aber nicht erreichen.

Während Neveus Aufenthalt in Freiburg entwarf Schumacher in aller Eile die Grundzüge der künftigen Restitutionspolitik [3]. Dabei griff er auf die Argumente des Fürstbischofs vor dem Reichsdeputationshauptschluß zurück.

Mit Hilfe Österreichs und der VII katholischen Orte sollte das Hochstift in seinen alten Grenzen wieder erstehen und als selbständiger Kanton der

[1] Zur Lage der Schweiz Ende 1813: BIAUDET, Handbuch, 873–879 (mit weiterführender Literatur). Zur Besetzung des Fürstbistums: ELSÄSSER, 41–81. BiASO 1, 28.12.1813, 4.1.1814.

[2] Zum Aufenthalt der Monarchen in Freiburg i. Br.: ANDLAU, 31–38. BiASO 1, 20.12.1813 (Eingabe Neveus an Kaiser Franz I.).

[3] BiASO 1: «Ohnmaßgebliche Anmerkungen für denjenigen Herrn, den des H. Fürstbischofes zu Basel Hochfürstliche Gnaden beauftragen werden, Ihr Interesse bey einem künftigen Friedenskongreß zu negociren.»

Schweiz angeschlossen werden. Die Eidgenossenschaft sollte überzeugt werden, daß das Fürstbistum genügend stark sein würde, um die schweizerische Nordwest-Grenze gegen Frankreich zu sichern.

In der Euphorie der Stunde wurden verschiedene phantastische Pläne für die Zukunft geschmiedet. Neveu und Schumacher entwarfen auch ein Projekt, wonach der ehemals bernische Aargau und der protestantische Süden des Fürstbistums an Bern fallen und das Fricktal mit dem katholischen Norden des Hochstifts zu einem neuen Kanton mit Rheinfelden als Hauptstadt vereinigt werden sollte [1]!

Nach seiner Rückkehr aus Freiburg anfangs Januar 1814 begann Neveu, angetrieben durch seinen Sekretär Schumacher, mit einer hektischen diplomatischen Tätigkeit. Über den österreichischen Gesandten in Zürich, Ritter v. Lebzeltern, gelangte er an die XIII alten Orte. Er unterstrich den schweizerischen Charakter des Fürstbistums und erinnerte sie an die Erklärung der verbündeten Monarchen, welche die Unabhängigkeit und den alten Besitzstand der Schweiz garantierte. Da der südliche, helvetische Teil des Hochstifts nie rechtens an Frankreich abgetreten worden sei, betrachtete er sich nach wie vor als legitimen, schweizerischen Souverän und meldete seine Teilnahme an den eidgenössischen Verfassungsverhandlungen an [2].

Am 12. März 1814 veröffentlichte Neveu eine vierseitige Denkschrift zu Handen der verbündeten Monarchen, worin er alle Gründe zusammenfaßte, die für eine Wiederherstellung seines Hochstifts sprachen [3]. Die Bittschrift ging an die europäischen Höfe, an einflußreiche Minister, an den Hl. Stuhl und die VII katholischen Orte.

Die Reaktionen auf Neveus Vorstöße waren wenig ermutigend. Die Regierungen der katholischen Kantone antworteten ihrem «lieben und getreuen alten Bundes-Genossen» höflich, aber ausweichend. Nur Freiburg versprach, an der Tagsatzung in Zürich mit allen Mitteln die Wiederher-

[1] BiASO 1, 26.1.1814.

[2] QUIQUEREZ, Réunion, 33. BiASO 1, 14.2.1814.

[3] BiASO 1: «An die für Deutschlands- und Europens-Befreyung verbündete Allerhöchste kaiserliche und königliche Majestäten unterthänigstes Bitten des Fürst-Bischofes zu Basel.» Das Original der Bittschrift ist deutsch, die französische Übersetzung wurde erst später auf Veranlassung Andlaus am 3. August 1814 von Scheppelin angefertigt und ohne Einwilligung Neveus gedruckt. Schumacher beurteilte sie als unexakt. Abgedruckt in: ABSCHIED, Bd. 2, Beilage, Litt X, 1–4. Eine spätere, dem deutschen Original näherkommende Übersetzung bei FOLLETÊTE, Origines, 19–25 und Teilabdruck bei QUIQUEREZ, Réunion, 25–27. Zur Beurteilung der Denkschrift s. ELSÄSSER, 74; BEUCHAT, 15–17; BESSIRE, 233; MARTIN, 304; CHAIGNAT, 13.

stellung des Hochstifts zu betreiben. Die Solothurner gaben dagegen unumwunden zu, daß «mit gebührender Rüksicht andere für uns bindende Verhältnisse» im Vordergrund stünden [1].

Die Vertreter der verbündeten Mächte betonten die großen Schwierigkeiten, die mit einer raschen Restitution verknüpft seien, und wiesen Neveu an den bevorstehenden Friedenskongreß. Am meisten enttäuschte den Fürstbischof die Haltung des neuen österreichischen Gesandten in Zürich, Freiherrn v. Schraut, der den Wunsch Neveus kurzerhand als außerhalb seiner Möglichkeiten liegend bezeichnete und auf weitere Schreiben Neveus nicht einmal mehr antwortete [2].

Selbst aus dem Domkapitel und der Luzerner Nuntiatur wurden kritische Stimmen laut. Domherr Ligerz verwies auf Informationen aus dem alliierten Hauptquartier in Vesoul, wonach die Restitutionsbemühungen von vorneherein nutzlos seien, da die Mächte keine geistlichen Staaten zulassen wollten [3]. Nuntius Testaferrata seinerseits warnte Neveu schon im Februar 1814 vor übertriebenen Hoffnungen [4].

Die Errichtung des Generalgouvernements Andlau

In Basel beschlossen die Minister der Alliierten am 15. Januar 1814, die Verwaltung der besetzten französischen Gebiete dem seit drei Monaten bestehenden Zentraldepartement des Freiherrn vom Stein zu übertragen. Wie in Deutschland verteilten die drei Mächte die neuen Generalgouvernemente unter sich. Österreich erhielt die Gebiete hinter der Hauptarmee Schwarzenbergs. Für das burgundische Gouvernement – umfassend die Freigrafschaft, das Département des Vosges und das «Fürstentum Pruntrutt» – schlug Metternich seinen Vetter und fürstbischöflichen Ex-Vogt, Konrad Karl Friedrich v. Andlau, vor [5].

[1] BiASO 1, Antworten von Luzern (4.4.), Freiburg (5.4.), Solothurn (5.4.), Obwalden (5.4.), Uri (18.4.), Zug (25.4.) und Schwyz (Anf. April).

[2] BiASO 1, Antworten Du Vergers (21.3., 6.4.), Zeppelins (21.4.), Capo d'Istrias ($\frac{6}{18}$.4.), Schrauts (13.4.), Castelereaghs (3.5.).

[3] BiASO 1, Antwort Ligerz' (4.4.).

[4] BiASO 1, Nuntius an Neveu, Luzern 2.2.1814: «Quelques propos, que j'ai cependant entendus là-dessus, me portent à croire, que le nouvel ordre des choses n'admettra pas cet article de l'ancienne Constitution.» Im weiteren ebd. 10.4. und BiASO 2, 13.7.

[5] KIELMANNSEGG, 99–101. Der Begriff «Principauté de Porrentruy» war unklar und gab zu Streitigkeiten Anlaß. Während die Alliierten das ganze frühere Fürstbistum (einschließlich Biel) darunter verstanden, wollte die Tagsatzung das Für-

Mit einer Proklamation an die Bewohner seines Generalgouvernements nahm Andlau am 27. Januar 1814 in Vesoul seine Tätigkeit auf [1]. Er ernannte den Neffen des Fürstbischofs, Joseph v. Neveu, zu seinem Sekretär und seinen Schwager Konrad v. Billieux zum Kommissar für das Gebiet des ehemaligen Hochstifts.

Fürstbischof Neveu war erfreut über die Errichtung des Generalgouvernements, die wieder Männer aus der alten Führungsschicht des Fürstbistums an die Macht brachte. Er hoffte, daß dadurch seine Rückkehr vereinfacht würde. Sogleich nahm er mit Andlau Verbindung auf und bat ihn, sich bei den Verbündeten für ihn einzusetzen [2]. In seinem Neffen hatte er einen zuverlässigen Informanten, der ihn laufend mit den neuesten Meldungen aus dem Generalgouvernement und dem alliierten Hauptquartier in Vesoul belieferte.

Zur großen Enttäuschung des Fürstbischofs und Schumachers meldete Joseph v. Neveu schon im März, daß die Mächte keine geistlichen Staaten mehr errichten wollten [3]. Das Fürstbistum werde wegen seiner strategisch wichtigen Lage von Frankreich getrennt und der Schweiz, bzw. dem Kanton Bern einverleibt. Nach Meinung der Minister sei nur Bern mächtig genug, um die für die Schweiz und die Alliierten wichtige Grenze gegen Frankreich zu verteidigen. Mit dem Anschluß des Fürstbistums könne zudem die Aarerepublik für ihre großen Verluste im Aargau und in der Waadt entschädigt werden. Tröstlich war für den Fürstbischof einzig die Nachricht, daß die Diözese Basel nicht untergehen werde und von Bern und Solothurn neu fundiert werden würde.

Der erste Pariser Friede

Am 31. März zogen die verbündeten Truppen in Paris ein. Napoleon dankte ab, und am 3. Mai hielt Ludwig XVIII. unter dem Schutz der alliierten Bajonette seinen Einzug in Paris.

stentum nur auf den ehemaligen Reichsteil beschränken. Frankreich verwendete den Begriff sowohl für den Reichsteil als auch für die Umgebung von Pruntrut, d. h. die Ajoie.

[1] Abgedruckt bei FOLLETÊTE, Origines, 16/17.

[2] BiASO 1, 18.2.1814.

[3] BiASO 1, Briefe Joseph v. Neveus an den Fürstbischof, Vesoul 9. und 18.3. 1814: aus diesen Briefen geht hervor, daß das Schicksal des Fürstbistums im März 1814 von den Mächten bereits entschieden war. Die weit verbreitete These, daß der Jura erst durch Talleyrands Einsatz auf dem Wiener Kongreß an Bern kam, kann nicht weiter aufrechterhalten werden (so z. B. WAEBER, 239; CHAIGNAT, 67).

Fürstbischof Neveu begrüßte begeistert den Machtwechsel [1]. Die legitimistische Grundlage der Bourbonenherrschaft ließ den neuen französischen König als seinen natürlichen Verbündeten erscheinen. Mit Hinweis auf die jahrhundertealten Beziehungen zwischen den Basler Fürstbischöfen und dem Hause Bourbon verlangte er von Ludwig XVIII. sogleich die Rückgabe seiner von Frankreich usurpierten Länder. Joseph v. Neveu, der inzwischen in die Kanzlei Metternichs gewechselt hatte, gelang es, zum Bruder des Königs vorzustoßen und ihm die politischen Ziele seines Onkels zu erläutern [2].

Als Anfang Juni Staatskanzler Metternich Joseph v. Neveu nach Wien schickte, ernannte der Fürstbischof den Sekretär und Verwandten des früheren Erzbischofs von Reims, Abbé Breluque, zu seinem «Ministre accrédité» beim französischen Hof. Dank der Vermittlung des Erzbischofs wurde Breluque zum König vorgelassen und überreichte ihm persönlich die Bittschrift Neveus vom 12. März [3].

Am 30. Mai 1814 schloß das besiegte Frankreich mit den verbündeten Mächten in Paris Frieden. Frankreich wurde in seinen Grenzen vom 1. Januar 1792 wiederhergestellt. Die Verwaltung der altfranzösischen Gebiete fiel an Frankreich zurück. Die alliierten Generalgouvernements wurden aufgelöst.

Am gleichen 30. Mai unterzeichneten die Mächte eine Konvention, in der sie die nicht an Frankreich zurückgegebenen Gebiete einer Macht zur Verwaltung im Namen der Verbündeten übertrugen [4]. Für das Fürstbistum Basel wurde bis zum endgültigen Entscheid auf dem Wiener Friedenskongreß Österreich zuständig. Graf v. Stadion und Metternich beauftragten Andlau, die Administration des früheren Fürstbistums weiterzuführen und nur die Freigrafschaft, das Département des Vosges und die frühere Grafschaft Mömpelgard den französischen Behörden zu übergeben.

Am 8. Juni zog Andlau in Pruntrut ein und zeigte am folgenden Tag

[1] BiASO 1, Glückwünsche Neveus an den Comte d'Artois (14.4.) und Ludwig XVIII. (18.4.).

[2] BiASO 1, 23.4., 30.4., 3.5., 12.5., 27.5., 2.6.1814 (Briefwechsel Joseph v. Neveus mit seinem Onkel).

[3] Breluque war vor der Revolution Seminardirektor in Besançon. Er emigrierte nach Freiburg i. Ü. und sammelte 1794 im Auftrag des Bischofs von Lausanne Geld für die notleidenden, französischen Priester in Freiburg (AAEB, RR 57, 1159). Als Administrator der Diözesen Besançon und Belley ernannte ihn Neveu zu seinem Generalvikar. BiASO 1, 1.7.1814.

[4] KIELMANNSEGG, 101 ff.

von seiner Residenz in Arlesheim aus dem Fürstbischof den Beginn seiner Tätigkeit im Fürstentum Pruntrut an. Er bestätigte Neveu, daß in Deutschland die säkularisierten Staaten nicht mehr erstehen würden. Trotzdem ermunterte er ihn, die Wiederherstellung des Fürstbistums mit voller Kraft weiter zu verfolgen, da das Hochstift nicht mehr zu Deutschland gehöre und als europäischer Sonderfall Chancen habe, restituiert zu werden, zumal der Papst und der französische König ihn in seinen Bestrebungen unterstützten [1].

Andlaus erste Sorge galt der Rettung des Landes vor dem Zugriff Frankreichs. Im Artikel 3 des Pariser Friedens wurde das Fürstbistum im Gegensatz zum benachbarten Montbéliard nicht genannt. Die Behörden des Departements Oberrhein verlangten von Andlau die sofortige Rückgabe der Arrondissements Delsberg und Pruntrut als frühere Reichsenklave, die gemäß Friedensvertrag alle bei Frankreich bleiben sollten [2]. Der Präfekt in Colmar sandte Major Delort nach Pruntrut, um die Zivilgewalt wieder zu übernehmen, und setzte zu seiner Unterstützung französische Truppen in Marsch. Andlau wies die französischen Ansprüche im Namen der Alliierten energisch zurück, da das Fürstbistum zwischen der Schweiz und Frankreich gelegen sei und somit nie eine Enklave in Frankreich gewesen sei. In einer Blitzaktion ließ er mit eilends herbeigerufenen österreichischen Truppen Pruntrut besetzen.

Die Lage klärte sich erst, als Franz I. auf seiner Durchreise in Vesoul dem Generalgouverneur und einer Deputation aus dem Fürstbistum mitteilte, daß das Land wahrscheinlich von Frankreich gelöst worden sei. Auf Befehl des Kaisers sandte Andlau Melchior Delfils nach Paris zu Graf Stadion, der den genauen Sachverhalt abklärte und schließlich die Trennung des Landes von Frankreich bestätigte [3].

[1] BiASO 2, 9.6.1814. – In den Monaten April und Mai scheint im alliierten Hauptquartier ein Gesinnungswandel in der Frage des Fürstbistums stattgefunden zu haben. Bereits am 30. April meldete Joseph v. Neveu plötzlich gestiegene Chancen für die Rückkehr des Fürstbischofs nach Pruntrut. Kaiser Franz II. selber versicherte der jurassischen Deputation in Vesoul anfangs Juni, daß Neveu in Wien Chancen habe, seine Ziele zu erreichen (BiASO 2, 9.6., 10.6.1814; GUÉLAT II, 48).

[2] Art. 3 lautet: «Du coté de la Belgique, de l'Allemagne et de l'Italie l'ancienne frontière ainsi qu'elle existait le 1er janvier de l'année 1792 (...) la France renonce à tous droits de souvraineté. Les Cours alliées assurent à la France la possession de la Principauté d'Avignon, du Comtat Venaissin, du Comté de Montbéliard et de toutes les enclaves qui ont appartenu autrefois à l'Allemagne, comprises dans la frontière ci-dessus indiquée, qu'elles aient été incorporées à la France avant ou après le 1er janvier 1792» (zit. nach FOLLETÊTE, Origines, 92).

[3] Schilderung der Ereignisse im Juni: BAr, Abschriften Wien, Rolle 4, Bericht

Mit der Wiedererrichtung des Fürstbistums als staatliche Einheit unter dem Schutz der Verbündeten glaubte Neveu, seinem Ziele nähergerückt zu sein. Am 20. Juni berief er die Domherren zum erstenmal seit elf Jahren zu einer Kapitelssitzung nach Offenburg. Es stand ein einziges Traktandum auf der Tagesordnung: Mittel und Wege zu finden, wie die alten landesherrlichen Rechte wiederhergestellt werden könnten [1].

Vom 16. bis 20. Juli tagten die fünf Domherren Ligerz, Reibelt, Wangen, Maler und Rotberg unter dem Vorsitz des Fürstbischofs. Schumacher übernahm die Funktion des Kapitelssyndikus. Die Domherren Reinach, Blarer und Andlau ließen sich wegen hohen Alters und Krankheit, Wessenberg wegen seiner Pflichten als sächsischer Prinzenerzieher vertreten.

Das Domkapitel teilte den Optimismus Neveus und Schumachers nicht. Sein Interesse galt den ungelösten Pensionsfragen. Erst auf Drängen des Fürstbischofs beschloß das Kapitel, Konrad v. Billieux und Domherrn v. Wangen nach Paris zu entsenden und die Interessen des Hochstifts auf dem Wiener Kongreß vertreten zu lassen. Das Schwergewicht der fürstbischöflichen Restitutionsbemühungen sollte in Frankreich liegen, da die Domherren glaubten, der Hauptentscheid falle in Paris.

Die Mission Billieux' und Wangens nach Paris verzögerte sich. Andlau befand sich auf einer Inspektionsreise durch das Generalgouvernement und konnte Billieux, der ihn begleitete, nicht entbehren. Ungeduldig wartete Neveu auf die Abreise der beiden vom Kapitel bezeichneten Gesandten. Nur mit Mühe konnte er von den Domherren daran gehindert werden, selber nach Arlesheim zu reisen und die Mission zu beschleunigen.

Brauns vom 30.9.1815; BiASO 1, 31.5., 2.6., 6.6., 15.6., 17.6., 26.6.1814. GUÉLAT II, 48–52; BARGETON, 91–95. Vgl. im weiteren die Antwort Metternichs an Andlau, Paris 11.6.1814 (HHStA, Kleinere Betreffe 2): «Wenn der von E. sehr richtig verstandene Artikel des Traktates über diesen Gegenstand nicht bestimmter spricht, so ist es eine Folge des Stillschweigens, welches darüber während den Verhandlungen beobachtet worden war, um die französischen Bevollmächtigten nicht auf diesen Punkt der Grenze aufmerksam zu machen und ihn nicht zu einer Discussion zu bringen, welche die Erhaltung des Fürstenthums Brundrut zur Disposition der verbündeten Mächte gefährdet haben würde.»

[1] BiASO, Domkapitel: Einladungen an alle Domherren vom 20.6., Entschuldigungsschreiben und Protokolle der Kapitelssitzung (16.–20.7.1814).

Die Reiseabsichten des Fürstbischofs waren bereits an die Öffentlichkeit gedrungen und hatten großes Aufsehen erregt [1].

Andlau verbot schließlich Billieux, seinen Posten in Pruntrut zu verlassen. Domherr Wangen reiste im August allein nach Paris. Während über vier Monaten versuchte er, den französischen König und die Regierung für die Wiederherstellung des Fürstbistums und die Bildung eines Schweizer Kantons nach dem Vorbild Neuenburgs zu gewinnen [2].

Obwohl er die Unterstützung des Erzbischofs von Reims, des bayerischen Gesandten Du Verger und des badischen Gesandten v. Pfirt hatte, stand Wangen auf verlorenem Posten. Der Stellvertreter Talleyrands, Comte de Jaucourt, verhehlte ihm nicht, daß die Entscheidungen in Wien und nicht in Paris gefällt würden und daher sein Aufenthalt in Frankreich nutzlos sei [3].

Entmutigt bat Wangen den Fürstbischof mehrfach um seine Abberufung. Am 10. Januar 1815 rief ihn Neveu endlich zurück. Er beurteilte die Mission selber als Mißerfolg [4].

2. *Neveu und der Meinungskampf im Fürstbistum*

Die Ausschaltung der Opposition im Norden

Joseph v. Neveu hatte seinem Onkel aus Paris gemeldet, daß am Friedenskongreß die Stimme der Völker berücksichtigt würde. Der Fürstbischof hielt es daher für seine Pflicht, die öffentliche Meinung für sich zu gewinnen. Mit Leuten aus allen Bevölkerungsschichten stand er seit dem

[1] BiASO 2, 23.8., 25.8., 27.8.1814.

[2] Die Korrespondenz Neveu-Wangen in BiASO 2 und 3.

[3] BiASO 2, 30.9. (Ferrette an Neveu), 14.10.1814 (Wangen an Neveu).

[4] Die Interventionen Wangens gingen nicht spurlos an der französischen Diplomatie vorbei. Vgl. dazu den Briefwechsel zwischen Ludwig XVIII. und Talleyrand (Pallain, 116/17, 152/53). Ludwig XVIII. an Talleyrand, Paris 15.11.1814: «... je répugne encore plus à dépouiller autrui et après tout, les droits du prince-évêque de Bâle, moins importants sans doute au repos de l'Europe, ne sont moins sacrés qu ceux du Roi de Saxe. Si cependant la spoliation du premier de ces princes est inévitable, mû par la (...) considération de (...) rendre un grand service au canton de Berne, je consentirai à l'échange». Talleyrands Antwort vom 30.11.1814 beendete in Paris die Diskussionen über eine mögliche Restitution Neveus: «L'ancien prince-évêque de Bâle (...) ne saurait, comme prince, en recouvrer la possession, qu'il a perdue, non par le simple fait de la conquête, mais par la sécularisation générale des Etats ecclésiastiques de l'Allemagne en 1803. Il jouit, comme prince, d'une pension de soixante mille florins, et ne prétend à rien de plus.»

Einmarsch der Alliierten in ständigem Kontakt. In Offenburg trafen aus allen Teilen des ehemaligen Hochstifts Briefe ein, die über die Stimmung im Volk informierten und bischofsfeindliche Bewohner denunzierten. Viele, die unter Frankreich Amt und Würde verloren hatten, hofften, im neuen Fürstbistum dafür entschädigt zu werden [1].

In den ersten Monaten des Jahres 1814 gab es im Land keinen Konsens über die weitere Zukunft [2]. Man war von den Ereignissen vollkommen überrumpelt worden. Als erste regte sich die französische Partei [3]. Sie war besonders in den Städten Pruntrut und Delsberg verwurzelt. Ihre Anhänger waren Franzosen, die in den vergangenen zwanzig Jahren zugewandert waren, oder Käufer von säkularisiertem Kirchengut, die bei der Rückkehr des Fürstbischofs den Verlust ihres Besitzes befürchteten.

Ende April veröffentlichte Sigismond Moreau, Mitglied und Sekretär des napoleonischen Corps législatif, ein Mémoire, worin er sich für den Verbleib des Landes bei Frankreich aussprach [4].

Am 18. April unterstützte ihn der Stadtrat von Pruntrut in einer Petition an Ludwig XVIII. Am 1. Mai reiste eine achtköpfige Delegation nach Paris und bat den König, sich dafür einzusetzen, daß ihre Heimat französisch bleibe. In Pruntrut brach ein Sturm der Entrüstung aus. Auf Initiative Arnoux' und Billieux' richteten am 3. Mai 124 Bürger eine Petition an den Generalgouverneur. Darin protestierten sie gegen das Vorgehen des Stadtrates und sprachen sich für die Rückkehr des Fürstbischofs und den Anschluß des Landes an die Schweiz aus. Billieux gelangte an Metternich und stellte den Vorstoß der Pruntruter Behörden als Schritt einer kleinen, nicht repräsentativen Gruppe dar [5].

Neveu reagierte heftig auf die Vorstöße der französischen Partei. Er sprach ihr jede Legitimität und jeden Rückhalt im Volke ab. Dem ehe-

[1] BiASO 1, 12.5.1814. Ebd. die Briefe aus dem Fürstbistum.

[2] Alle Historiker stellten die unterschiedlichen Wünsche der verschiedenen Landesteile fest (vgl. RUFFIEUX-PRONGUÉ, 32; BALLMER, 15–21; BEUCHAT, 23–30; COMMENT, 34–41; SCHWANDER, 56). Allgemein wurde aber angenommen, daß diese Uneinigkeit bis zum Entscheid des Wiener Kongresses gedauert habe. Bisher stellte einzig v. GREYERZ, 142 einen Meinungs- und Willensbildungsprozeß fest: zu Beginn des Jahres 1814 war keine bestimmte politische Tendenz feststellbar, «hernach scheint eine gewisse Zusammenfassung der Meinung erfolgt zu sein».

[3] Bei diesen «Parteien» handelt es sich selbstverständlich nicht um Parteien im modernen Sinn, sondern mehr um Strömungen. Zur französischen «Partei» s. GRESSOT, 67–70.

[4] Abgedruckt bei FOLLETÊTE, Origines, 85–91.

[5] BEUCHAT, 29, 75; FOLLETÊTE, Origines, 71–72, 76–78; VIATTE, Documents, 47; QUIQUEREZ, Réunion, 29–32. BiASO 1, 12.5.1814.

maligen fürstbischöflichen Statthalter Moreau warf er vor, mit seinen «purs sophismes» die Pruntruter Stadtregierung übertölpelt zu haben. Er befahl Billieux, sofort eine Gesandtschaft zu den Alliierten zu schicken, um den franzosenfreundlichen Umtrieben ein Ende zu bereiten [1].

Der Friede von Paris kam der Mission Billieux' zuvor. Der gescheiterte Versuch der oberrheinischen Departementsbehörden, wieder in den Besitz des Fürstentums zu gelangen, ließ die kleine, französische Partei verstummen. Moreau rückte rasch von seiner Denkschrift ab und befürwortete von da an die Gründung eines eigenen Kantons.

Andlau gelang es nach seiner Rückkehr ins Land mühelos, die letzten Franzosenfreunde auszuschalten. Er setzte den französisch gesinnten Stadtrat von Delsberg unter Verdan ab und ernannte Anton v. Grandvillers, den letzten Kommandanten des fürstbischöflichen Regiments, zum neuen Maire. Gleich verfuhr er in Pruntrut, wo er am 18. September Bürgermeister Goetschy durch Arnoux, den Schwiegersohn Schumachers, ersetzte [2].

Neben der französischen Partei machte sich in der ersten Jahreshälfte im Norden auch eine «Basler Partei» bemerkbar. Mit Hilfe der Regierung von Basel gelangten am 13. Mai 1814 die Meier der deutschen Ämter und des Delsbergertales an die Tagsatzung. Sie baten um die Aufnahme in den Kanton Basel, nachdem ihr erster Wunsch, die Wiederherstellung der fürstbischöflichen Herrschaft, und auch ihr zweiter Wunsch, die Bildung eines eigenen Kantons, nicht realisierbar seien. Der Vorstoß wurde von Bürgermeister Wieland den Mächten übermittelt.

Billieux intervenierte sofort beim Präsidenten der Tagsatzung und den alliierten Botschaftern in Zürich und forderte sie auf, der Bittschrift keine Beachtung zu schenken. Er stellte die Meier zur Rede und verbot ihnen, in Zukunft ähnliche Schritte zu unternehmen. Vom Anschluß an Basel war fortan nicht mehr die Rede [3].

[1] BiASO 1, 12.5., 24.5.1814.

[2] QUIQUEREZ, Réunion, 41/42. Zu Anton v. Grandvillers s. L. CHAPPUIS, Généalogies Jurassiennes (famille de Grandvillers), in: Actes 34 (1929) 133/34.

[3] Text der Petition s. VIATTE, Documents, 57/58. Im weiteren BiASO 1, 14.5., 20.5., 27.5.1814. Über die Politik Basels gegenüber dem Fürstbistum ist wenig bekannt (s. MARTIN, 307/08). Fest steht, daß Lebzeltern am 17. April 1814 dem Basler Tagsatzungsgesandten Teile des Fürstbistums (bes. die ehemalige Vogtei Birseck) angeboten hatte und seither Basel heimlich darauf hinarbeitete (StABS, Pr, C 2/1, 312 r/v; C 2/2, 5r, 30 r/v, 32 v; BAr, Abschriften, Wien 31, 2.6.1814). Vgl. dazu auch die Basler Ansprüche in der zeitgenössischen Publizistik (LUTZ, Verhältnisse, 36).

Billieux begnügte sich nicht damit, die Gegner der fürstbischöflichen Restauration auszuschalten. Sofort nach seiner Einsetzung als Kommissar Andlaus in der «Principauté de Porrentruy» ging er daran, die Anhänger Neveus und eines unabhängigen Kantons um sich zu scharen. Im katholischen Teil des Fürstbistums hatte er dabei leichtes Spiel [1].

Man war der französischen Herrschaft und des hohen Blutzolls, den die militärischen Abenteuer Napoleons gefordert hatten, müde. Mit Wehmut erinnerte man sich der milden Herrschaft der Basler Bischöfe. Weite Kreise der von Requisition und Seuchen geplagten Bevölkerung erwarteten von der Rückkehr Neveus und der Aufnahme des restaurierten Fürstbistums in den eidgenössischen Bund die Wiederherstellung des früheren, glücklichen Zustandes. Es gelang Billieux rasch, die Unterstützung der lokalen Notabeln, der Maires, Pfarrer und der früheren fürstbischöflichen Beamten zu gewinnen. Bereits im April meldete er triumphierend nach Offenburg, daß Delsberg, St. Ursanne, Saignelégier und die deutschen Ämter vorbehaltlos auf der Seite des Fürstbischofs stünden [2].

Billieux forderte die Gemeinden auf, den Wunsch der Mehrheit sofort den Alliierten mitzuteilen. Am 1. Mai erließen die Maires von St. Ursanne die erste Petition zu Handen der Mächte. In den ersten beiden Maiwochen ließ Billieux in allen Gemeinden die Familienvorstände zusammenrufen. Landauf und landab wurden Unterschriften zu Gunsten eines eigenen Kantons gesammelt. Arnoux und Elsässer reisten persönlich durchs Delsbergertal und die deutschen Ämter.

Erwartungsgemäß sprachen sich fast alle Einwohner für Neveu und einen Kanton Fürstbistum aus. Von den rund 3500 Familienvorständen im französischsprachigen Norden unterschrieben 2737 Billieux' Petition. Nur einer in Saignelégier wagte es, sich öffentlich für den Verbleib des Landes bei Frankreich auszusprechen. Billieux sandte die Unterschriften am 20. Mai dem Generalgouverneur, der sie unverzüglich an Metternich weiterleitete [3].

[1] Quiquerez, Réunion, 33; Bessire, 236; Bélet I, 15: «C'était en avril 1814 et, à cette même date, se trouvant les premiers vestiges d'une direction donnée au pays pétitionner en faveur de l'ancien régime; les communes commençaient à écrire aux sous-préfets qu'elles désiraient rentrer sous le gouvernement du Prince.»

[2] BiASO 1, 26.4., 12.5.1814.

[3] Folletête, Origines, 79; Viatte, Documents, 51/52; BiASO 1, 12.5., 21.5. 1814. Die Petitionen mit den Unterschriften sandte Billieux am 20. Mai dem Generalgouverneur. Sie befinden sich heute im HHStA, Kleinere Betreffe 2. Es fehlen die-

Neveu unterstützte die Bemühungen Billieux'. Er akzeptierte dankbar das Angebot Rebetez' und Seurets, für ihn in Delsberg und Umgebung tausend Unterschriften zu sammeln. Zu ihrer Unterstützung sandte er mehrere hundert Exemplare seiner Bittschrift vom 12. März an Generalvikar Maler, der sie im Land verteilen ließ [1].

Das zweite «Plebiszit» (September 1814)

Mit der Rückkehr Andlaus nach Arlesheim verstärkte die fürstbischöfliche Partei ihre Aktivitäten. Auf seiner Reise zu Metternich nach Straßburg traf Andlau in Offenburg mit Neveu zusammen. Der Fürstbischof verlangte, daß das Volk seine Anhänglichkeit an die alte Regierungsform nochmals durch einen «acte authentique» den Mächten vortragen könne. Zudem forderte er die Entsendung einer Landesdeputation nach Wien, um an Ort und Stelle seine Restitution zu betreiben. Neveu hoffte, mit der einstimmigen Volksmeinung im Rücken auf dem Kongreß seine Ansprüche besser durchsetzen zu können: «Dans ce cas particulier le vœu national concourt avec mes droits et réclamations» [2].

Im August 1814 unternahm Andlau eine «Inspektionsreise» durch das Generalgouvernement, um sich ein Bild von der Stimmung im Land zu verschaffen. In Pruntrut und Delsberg wurde er begeistert empfangen. Er versammelte die Ortsvorsteher und forderte sie auf, nochmals in Wien die Rückkehr des Fürstbischofs zu verlangen [3].

In einer koordinierten Aktion sandten Anfang September die «maires et députés» der Vogteien Ajoie, St-Ursanne, Delsberg, Saignelégier, Zwingen, Pfeffingen und Birseck fast gleichlautende Bittschriften an die Tagsatzung und an den Kaiser von Österreich. Darin baten sie Franz I., «leur accorder très gracieusement sa toute puissante Protection pour que, réunis en famille comme ils l'ont toujours été, ils soient aggréger à la Confédération Suisse comme Canton et sous le Gouvernement paternel de leurs anciens Princes-Evêques avec une Constitution adaptée au sistème de la Suisse en général» [4].

jenigen der deutschen Ämter (mit Ausnahme der Gemeinde Wahlen vom 14.5.1814 in: AAEB, Fond Kohler, Réunion).

[1] BiASO 1, 7.5., 9.5., 24.5.1814 (abgedruckt bei VIATTE, Documents, 48–50); BiASO 2, 11.6.1814. GUÉLAT II, 39.

[2] Zit.: BiASO 2, 16.6.1814. Vgl. ferner ebd., 28.8.1814; BiASO, Domkapitel, Protokoll des ersten Kapiteltages, 16.7.1814.

[3] QUIQUEREZ, Réunion, 39/40; GUÉLAT II, 58–64. BiASO 2, 2.8., 8./20.8., 3.9.1814.

[4] DAUCOURT, Annexion, 10. Text der Petitionen: BALLMER, 18/19; BiASO 2;

Migy und Grandvillers ließen in Pruntrut, Delsberg und allen Landgemeinden zum zweitenmal die Familienvorstände versammeln und Petitionen zu Handen der in Wien versammelten Mächte unterschreiben. In der Ajoie (außer Pruntrut) stellten sich von den 2040 stimmberechtigten Einwohnern 1612 hinter ihre Behörden. In Pruntrut unterschrieben 256, in den Freibergen 541 und in St. Ursanne 410 Familienoberhäupter. Ebenso deutlich war die Unterstützung in den deutschen Ämtern [1].

Der rebellische Süden

Die ehemals helvetischen Gebiete gingen nach der Befreiung von Frankreich eigene Wege. In mehreren Gesandtschaften zu den Monarchen nach Basel, zu Schwarzenberg und zu den Kantonen erreichten sie schon zu Beginn des Jahres 1814 die Anerkennung als eidgenössisches Territorium [2]. Überall wurden die alten Behörden wieder eingesetzt.

Als Freiherr v. Andlau nach dem Pariser Frieden daran ging, seine Autorität auch im Süden durchzusetzen, stieß er auf den Widerstand der Bewohner, die sich nicht dem «ausländischen» Generalgouverneur unterstellen wollten. Insbesondere dessen Steuerforderungen trieb die Südjurassier auf die Barrikaden. Es zirkulierten anonyme Schmähschriften gegen Andlau [3].

Auf Drängen der alliierten Gesandten ließ die Tagsatzung im Mai den ehemals schweizerischen Teil des Fürstbistums durch eidgenössische Truppen besetzen. Sie wies aber den Wunsch Andlaus zurück, die Besetzung auf das ganze Fürstbistum auszudehnen und das schweizerische Militär dem Generalgouverneur zur Aufrechterhaltung von Ruhe und

BAr, Tagsatzung 1814–1848, 4: Pétitions des régions de Bienne, Erguel, Münsterthal et d'autres contrées du diocèse (!) de Bâle pour la réintégration à la Suisse, 1813–1815.

[1] DAUCOURT, Annexion, 10. BiASO 2, 10.9.1814. Diese Petitionen waren wie diejenigen vom Mai bis heute unbekannt (vgl. RUFFIEUX-PRONGUÉ erwähnen sie nicht). Die Originale sind verschollen, außer von einigen Gemeinden der deutschen Ämter (Grellingen, Burg, Liesberg, Nenzlingen, Oberwil, Röschenz, Zwingen mit total 245 Unterschriften) in AAEB, Fond Kohler, Réunion. Ergebnisse des Arrondissement Pruntrut zusammengestellt in StABE, Fürstentum Pruntrut, 20.

[2] Erklärung Schwarzenbergs vom 12.1.1814: BAr, Abschriften, Wien, Rolle 4, 70c.

[3] FOLLETÊTE, Origines, 106–112: «La réunion des Amis d'une Constitution libérale, fédérative avec la Suisse, Pierre-Pertuis 1814.»

Ordnung zur Verfügung zu stellen. Stattdessen sandte die Tagsatzung Oberst Hauser von Näfels ins Fürstbistum, um zwischen Andlau und der widerspenstigen Bevölkerung zu vermitteln.

Die Lage verbesserte sich jedoch nicht. Am 22. August 1814 forderten die Alliierten die Schweiz in einer ultimativen Note auf, die Gemeinden im Süden zum Gehorsam gegenüber dem Generalgouverneur der Mächte zu zwingen und notfalls den Aufruhr mit eidgenössischen Truppen niederzuwerfen. Sie drohten andernfalls mit dem Einmarsch von österreichischem Militär [1].

Die Südjurassier fügten sich zähneknirschend. Bern und Biel hintertrieben aber weiterhin heimlich die Anordnungen des Generalgouverneurs und stachelten die Gemeinden zum Ungehorsam auf. Moutier weigerte sich deshalb hartnäckig, den geforderten Unterwerfungseid zu leisten. Bis zur Auflösung des Generalgouvernements konnte sich Andlau im Süden nie richtig durchsetzen. Immer wieder beklagte er sich erfolglos bei Metternich, den Gesandten in Zürich und der Tagsatzung über die aufrührerischen Südjurassier und das zweideutige Verhalten der Berner Regierung [2].

Der Süden zwischen Biel, Bern und Neuenburg

Bereits zu Beginn des Jahres 1814 hatten sich im Süden drei Strömungen herauskristallisiert: die Bieler, Berner und Neuenburger «Partei».

Sofort nach dem Einmarsch der Alliierten richtete die Stadt Biel ihre alte Regierungsform wieder ein. Am 12. Januar 1814 erklärte Schwarzenberg Biel als Teil der Eidgenossenschaft. Hartnäckig versuchten darauf die Bieler, von den Mächten und der Tagsatzung die Anerkennung als eigener Schweizer Stand zu erlangen. Sie nahmen ihre vorrevolutionären Bemühungen wieder auf und begannen, die Gemeinden des Erguels für einen Anschluß an den «Kanton Biel» zu umwerben. Mit Ausnahme weniger Gemeinden, ließen sich jedoch die Südjurassier nicht für die

[1] BAr, Tagsatzung, 2126, No. 92–94.

[2] Vgl. dazu das Schreiben Schrauts an die Tagsatzung vom 28.1.1815 (BAr, Tagsatzung, 2126, No. 107): «Les difficultés ... sont toujours les mêmes ... Les plaintes du Gouverneur général, l'insoumission des endroits y désignés, le désaccord et les contrariétés mal déguisées qu'il y éprouvait de la part de la troupe, continuent sans aucune diminution.» Zu Andlaus Schwierigkeiten im Südjura: REPERTORIUM II/1, 150–157 (Südjura), 169–175 (Biel); BESSIRE, 234–237; BEUCHAT, 36–48; VIATTE, Documents, 59–80; MARTIN, 303–307.

Stadt erwärmen. Die starrköpfige Weigerung der Bieler, Andlau anzuerkennen, ihr Protest gegen die eidgenössischen Truppen im Süden des Fürstbistums und die aufdringliche Propaganda im St. Immertal verärgerten die Tagsatzung und die Mächte. Der Kanton Biel hatte daher von Anfang an keine Chancen [1].

Das Zentrum der pro-bernischen Partei war die Propstei Moutier-Grandval. Bereits am 11. Januar 1814 verlangten die Münstertaler den Anschluß an Bern. Während zwei Jahren waren sie von diesem Wunsch nicht mehr abzubringen. Mehrfach gelangten sie deswegen an die Eidgenossenschaft und die Alliierten [2].

Die Mächte hatten den Bernern bereits im Januar das Fürstbistum als Entschädigung für die Waadt und den Aargau angeboten. Am 29. März wies jedoch der Große Rat dieses Angebot zurück und forderte unnachgiebig die alten Vogteien. Trotzdem wollten die Berner das Fürstbistum nicht voreilig fahren lassen und arbeiteten zielbewußt auf die Einverleibung des protestantischen Südens hin. Schon im Frühjahr setzte im Südjura die bernische Propaganda ein, zuerst heimlich, im Verlaufe des Jahres immer offener. Im Mai schlug Mülinen den Notablen des Landes vor, sich bei den Monarchen für den Anschluß des Fürstbistums an Bern einzusetzen. Als bernische Truppen im August das von der Tagsatzung in den Südjura gesandte waadtländische Bataillon ablösten, hatte die Berner Regierung ihren Offizieren die Weisung gegeben, Bern bei der Bevölkerung beliebt zu machen und den Berntreuen den Rücken gegen Andlau zu stärken. Oberstleutnant Franz v. Erlach und Quartiermeister v. Wattenwyl erwiesen sich als die Hauptpropagandisten Berns im eidgenössisch besetzten Südjura [3].

In Neuenburg witterte man nach der alliierten Invasion Morgenluft. Die lange erträumte Vergrößerung des preußischen Fürstentums um die südlichen Juratäler schien plötzlich in Griffnähe gerückt. Die Neuenburger Regierung fand für ihre Expansionspläne die Unterstützung des preußischen Staatsministers Hardenberg. Im Fürstbistum war das Echo auf das Neuenburger Werben gering. Einzig La Neuveville bekundete etwas Interesse, verlangte aber, daß in diesem Fall auch der Tessen-

[1] Zur Geschichte Biels 1813–1815 s. Bourquin, 5–75; Guggisberg, 19–24.

[2] Zur Geschichte Moutiers in dieser Zeit: Folletête, Origines, 7–9, 72/73, 232/33; Comment, 38/39; Beuchat, 24/25; Bessire, 234/35.

[3] Viatte, 72–75; Beuchat, 35/36, 39–44; Ballmer, 14. Im weiteren die Briefe Erlachs an die Berner Regierung in Folletête, Origines, 152, 165, 175, 181, 205, 208, 218, 233, 242, 249.

berg zu Neuenburg geschlagen werde. Im Erguel fanden die Neuenburger nur in wenigen Gemeinden Zustimmung. Da Neuenburgs erste Sorge der Aufnahme des Fürstbistums in die Eidgenossenschaft galt, wurden die Vergrößerungsbemühungen nur halbherzig vorangetrieben. In der zweiten Jahreshälfte 1814 sprach im Fürstbistum bereits niemand mehr von Neuenburg [1].

Imers Kampf für den Fürstbischof

Neveu hatte anfänglich im Süden keine organisierte Anhängerschaft. Trotzdem standen seine Chancen bei den protestantischen Südjurassiern nicht schlecht. Am 27. April hatten sich die Maires des Erguel für die Beibehaltung der alten Rechte, wie sie unter den Fürstbischöfen bestanden hatten, ausgesprochen [2]. Am 7. Mai äußerte La Neuveville den Wunsch nach Rückkehr des Fürstbischofs und Wiederherstellung der alten Verfassung [3].

Als Andlau im Juni 1814 das Generalgouvernement in drei Kommissariate teilte, übergab er das Kommissariat Biel, das den ganzen Südjura umfaßte, dem früheren Landvogt des Erguel, Samuel Imer. Neveu gewann damit einen einflußreichen Helfer [4].

Imer hatte sich bereits vor der Besetzung des Fürstbistums durch die Alliierten für die Wiederherstellung der alten Reichsverfassung und die Rückkehr des Fürstbischofs nach Pruntrut ausgesprochen. Für den Fall, daß eine Restauration der bischöflichen Herrschaft nicht möglich sein sollte, forderte er den Anschluß des Landes an den Kanton Bern. Er stand im Unterschied zu den «Bischöflichen» im Norden einem eigenen Kanton skeptisch gegenüber:

> «cette idée tombe au simple apperçu du défaut de moyens en tous sens pour soutenir cet édifice & offrir à la Suisse une garantie suffisante de la garde de cette frontière & des relations extérieures» [5].

[1] Zu Neuenburgs Politik: Roulet, 203–207.

[2] Repertorium II/1, 150/51; Comment, 37/38; Beuchat, 25/26. BiASO 1, 27.4.1814 (Auszug aus dem Protokoll der Landesversammlung des Erguels), 7.5.1814.

[3] BiASO 1, 14.5.1814.

[4] BiASO 2, 26.6.1814.

[5] Zit.: BiASO 1, 4.5. (Imer an Metternich). Im weiteren zu Imer ebd., 19.12.1813, 28.1., 4.5., 27.5.1814 (abgedruckt Viatte, 72–75) und Abschied, Bd. 1, Beilage, Litt. O, S. 4.

Imer hatte bereits im Januar aus eigener Initiative in Basel mit Metternich über die Zukunft des Landes verhandelt. Anfangs Mai sandte er ihm einen Verfassungsentwurf für das Fürstbistum. Von seinem badischen Wohnsitz Grenzach aus versuchte er die Notabeln in La Neuveville und im Erguel für die Restitutionspolitik Neveus zu gewinnen [1].

Ende April reiste Imer nach Offenburg und besprach mit Neveu und Schumacher das weitere Vorgehen im Süden [2]. Wie im Norden wollte er die Monarchen durch Petitionen des Volkes, der Notabeln und der früheren hohen Beamten von der Notwendigkeit einer Restauration des früheren Zustandes überzeugen. Als vordringlichste Aufgabe sah Imer die Überwindung der politischen Zersplitterung und der Anarchie im Süden. Er wollte unter allen Umständen bei seinen Landleuten eine «uniformité des sentiments» erzwingen [3].

In Moutier und Biel stieß der Vertreter Andlaus im Kommissariat Biel auf taube Ohren. Die beiden Bezirke bereiteten ihm auch in seiner administrativen Tätigkeit laufend Schwierigkeiten. Trotz der Rückendeckung durch Andlau und die Mächte gelang es ihm bis Ende 1815 nicht, sich durchzusetzen [4].

Den größten Erfolg errang Imer im Erguel. Eine Landesversammlung der Maires beschloß am 27. September in Sonceboz mit 23 gegen 5 Stimmen, einen Ausschuß unter seinem Vorsitz zu bilden. Das «Comité d'Erguel» erhielt den Auftrag, die verbündeten Monarchen zu bitten, das Fürstbistum als eigenen Kanton der Schweiz anzuschließen und dem Fürstbischof die Exekutive zu übertragen. Falls dieser Wunsch sich nicht verwirklichen ließe, sollte das ganze Fürstbistum, zumindest aber der protestantische Süden, dem Kanton Bern einverleibt werden [5].

In La Neuveville schwankte die Stimmung der tief gespaltenen Bürgerschaft zwischen dem Fürstbischof und Bern. Imer erreichte, daß der neue, von Andlau eingesetzte Stadtrat am 12. September bei den Alliierten für die Rückkehr Neveus eintrat. Mit Stolz orientierte er den Fürst-

[1] Imers Gewährsleute waren im Erguel Pfarrer Charles-Ferdinand Morel in Corgémont (s. dazu JUNOD, Morel, 113–281; HBLS V, 160; SBB II, 119–148), der Maire von St. Imier Jaquet, in La Neuveville Maire Jacques-Georges Chiffelle (HBLS II, 565; IMER, Florian, Une lettre de J.-G. Chiffelle en 1815, in: Actes 33 [1928] 41–45) und Postmeister Chiffelle. Zur Korrespondenz zwischen ihnen und Imer: VIATTE, 58–60, 65–68. BiASO 1, 12.5., 2.6.1814.

[2] BiASO 1, 19.4., 7.5.1814.

[3] VIATTE, 61–66. BiASO 1, 2.5., 12.5., 14.5., 31.5.1814.

[4] BEUCHAT, 37, 44.

[5] FOLLETÊTE, Origines, 229–231; DAUCOURT, Annexion, 11–13; REPERTORIUM II/1, 155. Protokoll der Versammlung in BiASO 3.

bischof über diesen «vœu filieul qui rendroit un Père chéri à des enfans qui en furent trop longtems privés» [1].

Es war Imer daher sehr peinlich, als ein Teil der Bürger von La Neuveville hinter seinem Rücken eine Petition an die Berner Regierung und die Tagsatzung richtete und darin den Anschluß an Bern forderte. Die Schuld an dieser Panne schob Imer Biel zu. Energisch trat er daher dem Bieler Versuch entgegen, im Erguel Unterschriften für die Bildung eines eigenen Kantons zu sammeln [2].

Auch Fürstbischof Neveu sah in den Bieler Umtrieben die größte Gefahr für seine Stellung im Süden. Er versuchte, in der Stadt selber Fuß zu fassen und die Unabhängigkeitsbemühungen der Regierung zu hintertreiben. Von seinem Neffen in Paris wurde er auf Joseph Alexander Wildermett (1764–1819) aufmerksam gemacht, der für die Wiederherstellung der fürstbischöflichen Macht eintrete. Imer empfahl ihn als gewandten und geschickten Diplomaten, der über seine Schwester, die Gouvernante der preußischen Prinzessin Charlotte und späteren Zarin Alexandra Feodorowna, gute Beziehungen nach Berlin und St. Petersburg unterhalte. Wildermett verfaßte für Neveu zwei Gutachten. In Denkschriften an die preußischen und russischen Minister trat er für die Wiedererrichtung des Fürstbistums ein. Er konnte jedoch in der Bieler Politik nichts ausrichten, da er als wirtschaftlich Gescheiterter, der in Pieterlen zurückgezogen lebte, in seiner Heimatstadt kein Ansehen genoß [3].

Mit dem Beginn des Wiener Kongresses flauten in der Öffentlichkeit die Auseinandersetzungen um die Zukunft des Landes ab. Drei politische Strömungen hatten sich bis Herbst 1814 durchgesetzt. Im Norden hatte sich die überwältigende Mehrheit, im Süden eine starke Minderheit für die Rückkehr des Fürstbischofs und einen eigenen Kanton ausgesprochen [4]. Die Anhänger Berns stellten im Süden zweifellos die Mehr-

[1] Zit.: BiASO 3, 11.10.1814. Bessire, 236; Beuchat, 42. Protokollauszug in BiASO 3, 12.9.1814. Der Tessenberg sandte im September eine ähnliche Petition an die Gesandten in Zürich (Abschrift ebd.).

[2] Repertorium, II/1, 154, 156; Beuchat, 44. BiASO 3, 10.12.1814.

[3] Zu Wildermett s. SBB V, 232/33. Seine Schwester war Maria Margaretha von Wildermett (1777–1839) (s. SBB V, 254/55; HBLS VII, 537). BiASO 1, 12.5., 27.5.1814; BiASO 2, «Mémoire diplomatique et politique»; BiASO 3, 19.7., 29.9., 30.10.1814.

[4] Bei den «Bischöflichen» im Süden und Norden gab es erhebliche Unterschiede. Während im Norden die Anhänger Neveus um Andlau und Billieux beim Scheitern der Restitutionspolitik einen eigenen Kanton mit einer republikanischen Verfassung

heit, fanden dagegen im Norden überhaupt keine Unterstützung. Die schwächste der drei «Parteien» bildeten die Befürworter eines Kantons Biel. Sie beschränkten sich fast ausschließlich auf die eigene Stadt.

3. Der Wiederaufbau der Diözese Basel

Das päpstliche Breve vom 17. September 1814

Neveu hielt die Luzerner Nuntiatur über seine politischen Schritte immer auf dem Laufenden. Testaferrata und sein Auditor Cherubini ließen ihn gewähren, hielten jedoch alle Restitutionsbemühungen von vorneherein für aussichtslos. Ihr Interesse galt kirchenpolitischen Fragen, in erster Linie der Neuregelung der Diözesanverhältnisse in der Schweiz.

Verschiedentlich hatten in Luzern Neveu, die Domherren und Persönlichkeiten aus dem Fürstbistum den Wunsch geäußert, der Hl. Stuhl möge das Generalgouvernement sofort vom Bistum Straßburg lösen und es wieder dem Bischof von Basel «in spiritualibus» unterstellen [1]. Darauf schlug Testaferrata am 20. August Rom die sofortige Wiederherstellung der alten Diözese Basel vor [2].

Schon am 17. September erließ Papst Pius VII. ein Breve, worin er dem Bischof von Basel alle seine Gebiete, die mit dem Konkordat von 1801 an Straßburg übergangen waren, zurückgab [3]. Neveu war von diesem Geschenk aus Rom keineswegs begeistert, obwohl er seit über zehn Jahren unermüdlich für die Vergrößerung seiner Restdiözese gekämpft hatte. Er befürchtete, daß die vom Nuntius angekündigte, kompromißlose Durchsetzung des Breves einen Konflikt um die geistliche Jurisdiktion im Elsaß heraufbeschwören und die Bemühungen Wangens in Paris gefährden könnte. Er war daher von Anfang an ent-

anstrebten, sahen die Bischöflichgesinnten im Süden um Imer als Alternative zur Restauration des Fürstbischofs nur einen Anschluß an Bern.

[1] BiASO, Domkapitel, 24.6.; BiASO 1, 27.2., 26.4.1814. Zu den Befürwortern gehören auch Billieux und Andlau.

[2] BiASO 2, 20.8.1814: «Cette réunion spirituelle facilitera peut-être le succès des réclamations pour la souveraineté temporelle.»

[3] Breve abgedruckt in ABSCHIED, Bd. 2, Beilage Litt. X, 5 und VAUTREY, Evêques II, 510. Zum Breve GUÉLAT II, 69; LUTZ, Geschichte, 147/48; NUSSBAUMER, 195–201.

schlossen, für seine Rechte im Elsaß nicht bis zum letzten zu kämpfen. Kommentarlos sandte er das päpstliche Breve dem französischen König [1].

Das Breve wurde im Fürstbistum und selbst im Elsaß mit Freude aufgenommen. Pruntrut und Delsberg sandten eine Ehrengesandtschaft unter der Leitung ihrer Bürgermeister nach Offenburg. Jede der beiden Abordnungen bedrängte Neveu, den Bischofssitz sofort in ihre Stadt zu verlegen. Zur großen Enttäuschung wollte der Fürstbischof aber noch keine Zusicherung abgeben, solange das Schicksal des Landes in Wien noch nicht geregelt war [2].

Die Reaktionen in Wien und Paris

Bevor Neveu seine bischöflichen Funktionen in den wiedererworbenen Gebieten ausüben konnte, mußte er die Einwilligung der zuständigen Landesherren – des französischen Königs für das Elsaß, der Verbündeten, bzw. Österreichs für das Fürstbistum – einholen. Auf Rat Andlaus und der Domherren beschloß er, zuerst vom Fürstbistum Besitz zu ergreifen und sich seine Rechte im Elsaß vorzubehalten, in der Hoffnung, sie in späteren Verhandlungen mit Frankreich zurückzugewinnen [3].

Über Generalgouverneur Andlau stellte Neveu der österreichischen Regierung das formelle Begehren, im Fürstentum Pruntrut als Bischof wiedereingesetzt zu werden. In Wien herrschte zuerst Ratlosigkeit. Die römische Kurie hatte es unterlassen, das päpstliche Breve dem kaiserlichen Hof mitzuteilen. Selbst der in Wien weilende Staatssekretär Consalvi wußte von nichts und mußte zuerst in Rom den Sachverhalt abklären. Erst am 17. Dezember informierte er Österreich offiziell über das Breve. Am 28. Dezember beschloß die k. k. Regierung, Neveu die Übernahme der geistlichen Jurisdiktion im Generalgouvernement zu gestatten [4].

[1] BiASO 2, 2.10., 21.10. (Neveu an Wangen): «nous ne ferons pas la guerre à la France, mais il importe d'obtenir une réponse cathégorique pour nous régler en conséquence», sowie 14.11.1814.

[2] BiASO 2, 3.10., 5.10.1814; BiASO 4, 3.1.1815. Guélat II, 69/70; Daucourt, Annexion, 5–6. Die Delegation aus Pruntrut bestand aus Bürgermeister Arnoux, Antoine Verneur, Pfarrer Verneur d. J., Aloys v. Billieux; diejenige aus Delsberg: Bürgermeister Grandvillers, Joseph Helg, Pfarrer Hennet, Chanoine Bajol.

[3] BiASO 2, 25.10.; BiASO 3, 31.10.1814.

[4] Roveri II, 373. BiASO 2, 2.10., 21.10.1814; BiASO 3, 1.11., 4.11., 15.11., 18.11., 25.11., 26.11. (Brief Neveus an Consalvi), 8.12., 11.12., 14.12.1814 (Antwort Consalvis aus Wien).

In Paris löste das Breve nicht weniger Überraschung aus. Man betrachtete es als Präjudiz für die soeben zwischen dem Hl. Stuhl und Frankreich eingeleiteten Verhandlungen über die Neuorganisation der französischen Kirche. Der französische Hof fürchtete um das Konkordat von 1801 und verbot kurzerhand die Veröffentlichung des Breves im Oberelsaß. Selbst der Nuntius in Paris war verärgert über das unsorgfältige und unüberlegte Vorgehen Roms [1].

Auf Zustimmung stieß das Breve nur bei einer Gruppe von legitimistischen Bischöfen um den früheren Erzbischof von Reims. Der Passus im Breve – «sublatis quae nos invitos ad id agendum impulere causis» – diente ihnen als Beweis, daß der Papst 1801 von Napoleon zum Konkordat gezwungen worden war. Sie sahen sich daher von Rom in ihrer Auffassung bestätigt, daß das Konkordat von Anfang an ungültig gewesen sei [2].

Die päpstliche Diplomatie geriet in Verlegenheit. Consalvi wurde erst durch eine arglose Zuschrift Neveus, in der dieser ihn um Mithilfe bei der Durchsetzung des päpstlichen Schreibens bat, von der Existenz der reaktionären Bischofsgruppe in Frankreich informiert. Er wollte unter allen Umständen verhindern, daß das Breve vom 17. September dazu mißbraucht würde, um die geltende französische Kirchenverfassung aus den Angeln zu heben und die vorrevolutionäre «ecclesia gallicana» wiederherzustellen.

Er erklärte in Wien dem französischen Außenminister Talleyrand, daß der Luzerner Nuntius das Breve nur zu Gunsten des Bischofs von Basel erwirkt habe und daß die legitimistischen Bischöfe die Stelle «nos invitos» falsch auslegten. Pius VII. habe zwar das Konkordat nicht gerne abgeschlossen, er sei aber keinesfalls durch Gewalt dazu gezwungen worden.

Consalvi tadelte seinen Stellvertreter Pacca in Rom wegen des Breves und mahnte ihn, in Zukunft vorsichtiger vorzugehen. Dagegen versicherte er Neveu seiner Unterstützung bei der Wiederherstellung der bischöflichen Rechte im Fürstbistum. Vom Elsaß sprach er jedoch nicht [3].

Nuntius Tastaferrata war von den diplomatischen Verwicklungen, die sein gut gemeinter Vorstoß zu Gunsten des Bistums Basel hervorgerufen hatten, überrascht. Er befahl Neveu, in der Frage der bischöflichen

[1] BiASO 2, 24.10.; BiASO 3, 28.12.1814.
[2] BiASO 2, 24.10.1814. Roveri II, 333/34.
[3] Pallain, 152/53; Roveri II, 272, 333/34, 359.

Jurisdiktion im Elsaß vorläufig nichts zu unternehmen. Der Hl. Stuhl werde die französische Kirchenfrage direkt mit dem König regeln [1].

Anfang Januar 1815 empfing Ludwig XVIII. Wangen in Audienz. Er kam dabei auch auf die elsässische Kirchenfrage zu sprechen. Unumwunden erklärte er dem Basler Domherrn, daß er das päpstliche Breve zwar prüfen lasse, eine Antwort aber nicht so schnell zu erwarten sei. Für Neveu war damit klar, daß ihn Frankreich nicht mehr als Bischof im Oberelsaß zulassen werde und er wohl für immer auf diesen Teil der alten Diözese verzichten müsse [2].

Neveus Pastoralreise [3]

Am 9. Januar 1815 traf in Offenburg das österreichische Plazet ein. Am gleichen Tag ließ Neveu tausend Hirtenbriefe durch Generalvikar Maler im Fürstbistum verteilen [4]. Er beschloß, zur Durchsetzung seiner bischöflichen Rechte sofort eine Pastoralreise ins Generalgouvernement zu unternehmen. Er wollte aber unter allen Umständen Publizität vermeiden, um die Verhandlungen in Wien nicht zu kompromittieren: «Tout ce que je souhaite, c'est que hormis la cérémonie religieuse dans l'Eglise, tout le reste se passera sans bruit et sans faste.» [5]

Schon die Ankündigung der Reise erregte im Land großes Aufsehen. Seine Anhänger hofften, Neveu würde gleich die bischöfliche Residenz nach Pruntrut oder Delsberg verlegen und damit ihren Forderungen nach Wiederherstellung des Fürstbistums bei den Mächten größeres Gewicht verleihen. Mit der Rückkehr der bischöflichen Kurie, des Domkapitels, des Kollegiums und des Priesterseminars hoffte man, die wirtschaftlichen Einbußen, die besonders Pruntrut durch den Untergang des Reichsfürstentums in der Revolution erlitten hatte, wieder wettzumachen.

Generalgouverneur Andlau organisierte die Reise. Er hatte von Metternich die Weisung erhalten, den Aufenthalt des Fürstbischofs nur auf

[1] BiASO 3, 1.11. und 8.11.1814.

[2] BiASO 4, 3.1.1815.

[3] Schilderungen der Reise s. Elsässer, 88–95; Bélet I, 23–25; Daucourt, Annexion, 14–17; Guélat II, 78–82; Fringeli, 109; Quiquerez, Réunion, 55–58; Daucourt, Delémont, 590/91; Clémençon, 32; Vautrey, Evêques II, 516/17. BiASO 4, Bericht Migys vom 18.2.1815.

[4] BiASO 3, 8.12., 31.12.1814; BiASO 4, 7.1., 14.1.1815. Der Hirtenbrief vom 9.1.1815 gedruckt in Abschied, Bd. 2, Beilage, Litt. X, 6–10 und Vautrey, Evêques II, 510–514.

[5] BiASO 4, 10.1.1815.

kirchliche Belange zu beschränken und alle politischen Demonstrationen zu verhindern [1].

Bereits am 25. Januar 1815 traf Neveu, nur von seinem Kammerherrn begleitet, in Arlesheim ein. Die geistlichen und weltlichen Behörden mit Generalvikar Maler und Generalgouverneur Andlau an der Spitze bereiteten ihm einen feierlichen Empfang. Am nächsten Tag nahm er unter großer Anteilnahme der Bevölkerung mit einem Hochamt Besitz von der früheren Domkirche Arlesheim.

In Begleitung Andlaus und einer österreichischen Dragonereskorte reiste der Fürstbischof unter dem Jubel seiner ehemaligen Untertanen über Delsberg nach Pruntrut. Am 31. Januar hielt er einen triumphalen Einzug in die alte Residenzstadt. Mit Banketten, Festen und einem großen Feuerwerk feierte die Stadt die Rückkehr des Bischofs. Neveu war überwältigt von der Begeisterung, die ihm überall entgegenschlug [2].

Wenig erfreut über den Besuch des Fürsten zeigten sich die Anhänger Frankreichs. Sie sahen darin den ersten Schritt zur aristokratisch-klerikalen Restauration. In jenen Tagen erschien ein anonymes Pamphlet gegen Andlau, das dem franzosenfreundlichen Anwalt Xavier Kohler zugeschrieben wurde und worin die Festlichkeiten zu Ehren Neveus verspottet wurden [3].

Fürstbischof Neveu stand während seines Aufenthaltes in Pruntrut unter starkem Druck seiner Parteigänger. Sein Besuch im heruntergekommenen Pruntruter Schloß weckte bereits Hoffnungen auf eine baldige Rückkehr. Andlau, Billieux, Arnoux und selbst Schumacher bedrängten ihn, noch vor dem Ende des Wiener Kongresses nach Pruntrut zu übersiedeln, um den neuen Landesherrn, der aller Wahrscheinlichkeit nach Bern heißen würde, vor ein «fait accompli» zu stellen [4].

Zur Enttäuschung der «Bischöflichen» und zur Freude der französischen Partei erklärte jedoch Neveu, daß er nur als Bischof und nicht als Landesherr zurückgekommen sei und solange in Offenburg bleiben wolle, bis das

[1] BiASO 4, 12.1. und 21.1.1815. Metternich befahl Andlau, «daß aus der Rückkehr des Herrn Fürstbischoffen in seine Diöces nicht aber irgend ein Anspruch auf die vormaligen landesherrlichen Rechte desselben abgeleitet werde, sondern jede darauf Bezug habende Verfügung den weiteren Bestimmungen des Kongresses ausdrücklich vorbehalten bleibe» (StABE, Fürstentum Pruntrut, 1, 1, III; HHStA, Kl. Betreffe 2, 31.12.1814).

[2] BiASO 4, 2.2.1815.

[3] Teilweise abgedruckt bei Folletête, Origines, 326–328.

[4] BiASO 3, 21.12.1814; BiASO 4, 29.1., 7.2.1815 (Briefe Billieux' und Schumachers).

Schicksal des Fürstbistums und seiner Diözese geklärt sei. Er versprach aber, wenn immer möglich, seine neue Residenz in Pruntrut aufzuschlagen.

Als der Fürstbischof einsah, daß man ihm in Pruntrut eine verbindliche Zusicherung abringen wollte, reiste er am 8. Februar bei Nacht und Nebel fluchtartig nach Offenburg zurück. Die Begeisterung seiner Anhänger kühlte sich rasch ab. Man war verärgert, daß Neveu die Gelegenheit nicht beim Schopf gepackt und wie ein zweiter Jakob Christoph v. Blarer mit kühner Hand das Hochstift wiederhergestellt hatte [1].

Andlau nutzte den Triumphzug des Fürstbischofs für seine politischen Ziele. Mit der Schilderung der Pastoralreise Neveus beschwor er in einer letzten, eindringlichen Denkschrift seinen Vetter Metternich, dem Fürstbistum die Unabhängigkeit zurückzugeben und es als Kanton der Schweiz anzuschließen. Für den Fall, daß der Kongreß etwas anderes beschließen sollte, verlangte er, daß wenigstens Neveu als Bischof zurückkehren dürfe und das Fürstbistum ungeteilt und mit festen Garantien für eine gewisse Autonomie einem Schweizer Kanton einverleibt werde [2].

Der Konflikt mit Straßburg [3]

Neveu hatte den Administratoren des vakanten Bistums Straßburg das Breve vom 17. September sofort zugeschickt. Die Generalvikare weigerten sich jedoch, es anzuerkennen, solange von Papst und König keine klaren Weisungen eintreffen würden. Sie sandten im Oktober 1814 Generalvikar Lienhard nach Offenburg und warnten Neveu vor überstürzten Schritten [4].

[1] So z. B. Elsässer, 92/93. Bélet I, 24/25 schildert, wie das anfänglich hohe Ansehen Neveus auf Null gesunken sei «par des manières trop communes, par une parcimonie étroite et surtout, par le refus qu'il opposa à leur prière de fixer provisoirement sa résidence à Porrentruy». S. im weiteren Daucourt, Annexion, 16–17; Quiquerez, Réunion, 57 («M. de Neveu se faisait humble, mais son introducteur, le baron, se montrait en prince»); Vautrey, Evêques II, 509; Ballmer, 14 (die Reise sei eine von Andlau organisierte Propagandatournee gewesen!) und Fringeli, 109.

[2] BiASO 4, 3.2.1815. Zwei Tage später folgte aus Pruntrut ein zweiter Bericht, in dem Andlau das Verhalten Neveus kommentierte (HHStA, Kl. Betreffe 2, 5.2.1815): «J'admire la Prudence de Msgr. l'Evêque qui se tient malgré toutes ces démonstrations parfaitement dans les limites de sa jurisdiction spirituelle, et attend avec resignation ce que sur son sort futur la Providence et la Générosité des Augustes Monarches decideront».

[3] Einzige bisherige Darstellung: Vautrey, Evêques II, 514–516.

[4] BiASO 2, 14.10. und 21.10.1814.

Vor seiner Abreise nach Arlesheim orientierte Neveu die Straßburger Kurie, daß er in den nächsten Tagen ungeachtet ihrer Einwände die geistliche Administration im Fürstentum Pruntrut wieder übernehmen werde. Die Generalvikare alarmierten den Präfekten in Colmar und den «administrateur général des cultes» in Paris. In einem Rundschreiben an alle Pfarrer ihrer Diözese verboten sie die Veröffentlichung des päpstlichen Breves und des Neveuschen Hirtenbriefs vom 9. Januar 1815. In scharfen Worten warfen sie dem Fürstbischof vor, er wolle sich im Generalgouvernement und im Oberelsaß widerrechtlich in den Besitz von straßburgischem Diözesangebiet setzen [1].

Am 26. Januar erließ das Straßburger Kapitel in einer außerordentlichen Sitzung einen feierlichen Protest gegen Neveus Vorgehen. Es stellte Formfehler des Hl. Stuhles fest und erklärte vorsorglich sämtliche bischöfliche Handlungen Neveus im Elsaß für ungültig. Im Generalgouvernement anerkannte es den Bischof von Basel nur als straßburgischen Administrator [2].

Der Fürstbischof reagierte gelassen auf die Proteste aus Straßburg. Um die Generalvikare nicht weiter zu reizen, beschloß er, den Hirtenbrief vom 9. Januar im Elsaß nicht zu verbreiten. Nuntius Testaferrata lobte das kluge Vorgehen Neveus, forderte ihn aber auf, mit Straßburg wieder Frieden zu schließen [3].

Mit dem vorläufigen Verzicht Neveus auf das Oberelsaß legte sich die Erregung. Die Straßburger Generalvikare fanden sich bald mit dem Verlust der Arrondissements Delsberg und Pruntrut ab. Schon im gleichen Jahr sprang ihnen Neveu wieder bei und weihte dreißig Priester aus ihrer Diözese [4].

Die Diözese wächst [5]

Mit dem Sturz Napoleons waren die schweizerischen Bistumsgrenzen in Bewegung geraten. Die konstanzischen Diözesanstände hatten am

[1] BiASO 4, 19.1., 22.1., 23.1., 4.2.1815.
[2] BiASO 4, Protest des Straßburger Kapitels vom 26.1.1815.
[3] BiASO 4, 24.1., 27.1., 4.2., 12.2., 18.2., 22.2., 28.2.1815.
[4] Leuillot, 40/41.
[5] Zu den Diözesanfragen und der Vergrößerung des Bistums Basel s. Isele, 197–207. Dort auch die beiden Schreiben des Nuntius betreffend Unterstellung des ganzen Kantons Solothurn unter die geistliche Jurisdiktion Neveus (S. 197/98, Anm. 15). BiASO 3, 29.11. und 29.12.1814; BiASO 4, 7.1.1815.

16. April 1814 den Papst gebeten, ihre Kantone vom Bistum Konstanz zu trennen, sobald die Vorbereitungen für die Errichtung neuer Schweizer Bistümer getroffen worden seien. Testaferrata sah die Stunde gekommen, um in der Schweiz zum entscheidenden Schlag gegen Dalberg und Generalvikar Wessenberg auszuholen.

Zur großen Überraschung der Schweizer erließ Papst Pius VII. bereits am 7. Oktober 1814 das Breve «Jucundissima nos» [1], mit dem er den schweizerischen Sprengel vom Bistum Konstanz löste und den Propst der Kollegiatskirche von Beromünster, Franz Bernhard Göldlin v. Tiefenau, zum Apostolischen Administrator ernannte. Der konstanzische Teil des Kantons Solothurn wurde davon ausgenommen und am 1. Januar 1815 dem Bischof von Basel unterstellt.

Am 9. Dezember 1814 war in Freiburg i. Ü. der Bischof von Lausanne, Maxime Guisolan, gestorben. Bereits am 11. Dezember setzte der Nuntius Neveu als Apostolischen Administrator auch über den zur Diözese Lausanne gehörenden Teil von Solothurn ein. Damit unterstand der ganze Kanton Solothurn der Diözese Basel: die Solothurner hatten ihr erstes kirchenpolitisches Ziel erreicht.

Am 26. Dezember 1815 übertrug der Nuntius dem Fürstbischof die Jurisdiktion über das kleine, rechtsrheinische Gebiet des Kantons Basel, das bis anhin konstanzisch war. Neveu erhielt so die seit Jahren angestrebte Kontrolle über die katholische Pfarrei von Basel [2].

Innert zwei Jahren war es dem Fürstbischof gelungen, seine kümmerliche Diözese um mehr als das Doppelte zu vergrößern. Das Bistum Basel umfaßte Ende 1815 bereits die ganze Nordwestschweiz mit den Kantonen Solothurn und Basel, dem aargauischen Fricktal und den katholischen Gebieten des Fürstbistums. Das feierliche Versprechen Testaferratas, bei der bevorstehenden Neuumschreibung der Schweizer Bistümer auch den Kanton Aargau ganz zum Bistum Basel zu schlagen, tröstete Neveu über den Verlust des Oberelsasses hinweg. Die Existenz der Diözese schien gesichert zu sein [3].

[1] Abgedruckt in ABSCHIED, Bd. 2, 447ff.
[2] KÄLIN, 222.
[3] BiASO 2, 15.10.1814; BiASO 4, 18.6.1815.

4. *Der Wiener Kongreß*

Die Vertreter Neveus

Im Juni 1814 beschloß Neveu, sich auf dem Wiener Friedenskongreß vertreten zu lassen [1]. Dabei verfolgte er drei Ziele:

- Die Wiederherstellung seiner weltlichen Herrschaft
- eine Garantieerklärung für die Diözese Basel
- die Lösung der Pensionsfragen.

Er verzichtete darauf, persönlich in Wien zu erscheinen. Zuerst wahrte Joseph v. Neveu die Interessen seines Onkels am k. k. Hof. Wenige Wochen vor Kongreßbeginn ernannte der Fürstbischof den österreichischen Hofagenten Moësl von Moosthal zu seinem Vertreter am Kongreß [2].

In den Instruktionen an Moosthal lieferte Neveu alle Argumente, mit denen die Mächte für die Wiederherstellung des Fürstbistums gewonnen werden sollten [3]. Er behauptete, der schweizerische Teil des Fürstbistums sei nie säkularisiert und von Frankreich lediglich «titulo usurpationis» besetzt worden. Die von den Mächten abgegebene Garantie, die Schweiz in ihren alten Grenzen wiederherzustellen, beinhalte auch die Restitution des Fürstbischofs in den helvetischen Ämtern. Der Reichsdeputationshauptschluß von 1803 sei unter äußerem Zwang zustande gekommen und damit von Anfang an ungültig gewesen. Da das Hochstift Basel im Gegensatz zu den meisten anderen geistlichen Staaten nicht als Entschädigung einem weltlichen Fürsten zugesprochen worden war, stehe einer Rückkehr nach Pruntrut nichts entgegen. Die Bedeutung des Landes für die Sicherung der schweizerischen Nordwestgrenze erheische den Anschluß des Fürstbistums als selbständiger Kanton an die Schweiz nach dem Vorbild des Fürstentums Neuenburg. Neveu lehnte schließlich eine Aufteilung unter die beiden protestantischen Nachbarkantone Bern und Basel im Interesse der katholischen Einwohner und des konfessionellen Gleichgewichts in der Eidgenossenschaft energisch ab [4].

[1] BiASO 2, 11.6., 16.6. (abgedruckt: VIATTE, 53–55), 5.7., 7.7., 30.9.1814.

[2] BiASO 2, 5.7., 17.9. (Ernennung Moosthals), 10.10., 14.10., 15.10.1814.

[3] BiASO 2: «Bericht und Instruktion an den noch zu bestimmenden Vertreter in Wien» vom 18.5./17.9.1814.

[4] Neveu spricht vom Anschluß an einen protestantischen Kanton als «un malheur et désolation sans pareils pour les sujets Catholiques de la Principauté de Bâle» (BiASO 2, Neveu an Severoli, 5.9.1814).

Moosthals Tätigkeit beschränkte sich darauf, die von Schumacher verfaßten Denkschriften den alliierten Ministern zu überreichen und laufend über den Stand der Kongreßvorbereitungen nach Offenburg zu berichten. Als er aus eigener Initiative eine Eingabe an den preußischen König verfaßte, unterliefen ihm so viele Fehler, daß ihm Neveu verbot, in Zukunft irgendwelche politische Schritte ohne seine Einwilligung zu unternehmen [1].

Die Freunde und Feinde Neveus in Wien

Andlau und Neveu hatten bei ihrer Zusammenkunft in Offenburg beschlossen, das Fürstentum Pruntrut durch eine Landesdeputation auf dem Kongreß vertreten zu lassen. Der Generalgouverneur sandte anfangs Oktober Melchior Delfils nach Wien. Ohne in Offenburg die vorbereiteten Instruktionen Neveus abzuholen, reiste Delfils direkt in die österreichische Hauptstadt. Er sprach sofort bei Metternich vor und schilderte ihm die Stimmung im Generalgouvernement. Mit Moosthal und Joseph v. Neveu kam er überein, sich künftig regelmäßig mit ihnen zu treffen und alle Schritte vorher gemeinsam zu besprechen [2].

Delfils verlangte schon bald nach seiner Ankunft die Anwesenheit Andlaus oder Billieux'. Mit Zustimmung Metternichs ernannte der Generalgouverneur seinen Schwager Billieux zum zweiten Landesvertreter. Er versah ihn mit einem Beglaubigungsschreiben, das von allen Pfarrern und Maires des Generalgouvernements unterzeichnet war. In Wien übernahm Billieux als «Delegationsleiter» die Koordination der Vorstöße Moosthals, Neveus und Delfils'. Mit Neveu stand er während der ganzen Dauer des Kongresses in engem Briefkontakt [3].

Am Kongreß warben nicht nur die Anhänger Neveus um die Gunst der Mächte. Am 16. Oktober war der Bieler Gesandte Heilmann eingetroffen. Vergeblich hatten Monod, La Harpe und Rengger versucht, Heilmann zu überreden, zusammen mit Billieux und Delfils die Errich-

[1] Korrespondenz Neveus mit Moosthal und Denkschriften an Consalvi, Metternich und König von Preußen: BiASO 3.

[2] BiASO 2, 28.8., 23.9., 4.10., 6.10., 8.10., 22.10.1814.

[3] BiASO 2, 21.10.; BiASO 3, 5.11., 19.11., 25.11.1814. Vollmachten für Billieux: HHStA, Kl. Betreffe 2; StABE, Fürstentum Pruntrut 20, 5.11.1814 (Canton de St. Ursanne).

tung eines Kantons «Fürstbistum» zu betreiben, um dadurch eine Stärkung Berns innerhalb der Eidgenossenschaft zu vereiteln [1].

Bern hatte den Ratsherrn Ludwig Zeerleder nach Wien gesandt. Der Berner Vertreter hatte den Auftrag, in erster Linie auf die Rückgewinnung des Aargaus und in zweiter Linie auf die Erwerbung des protestantischen Teils des Fürstbistums hinzuarbeiten. Er unterließ es daher nicht, bei den Vertretern der Mächte immer wieder auch die Anliegen der berntreuen Südjurassier vorzubringen [2].

Basel war durch Bürgermeister Johann Heinrich Wieland vertreten, der zwar zusammen mit Landammann Reinhard aus Zürich und Staatsrat Montenach aus Freiburg die offizielle Gesandtschaft der Tagsatzung bildete, daneben aber auch den Anschluß des Birseck an seine Heimatstadt betrieb [3].

Neveu war erzürnt über das Vorgehen der abtrünnigen Bieler und befahl seinen beiden Vertretern in Wien, mit allen Mitteln die Pläne Heilmanns zu durchkreuzen. Von Offenburg aus versuchte er, ihnen Schützenhilfe zu leisten. In mehreren Eingaben gelangte er an die beiden katholischen Mächte Frankreich und Österreich, die VII katholischen Kantone und an Staatssekretär Consalvi.

Niemand wollte sich aber für Neveus Restitutionspolitik einsetzen. Die Antworten auf die fürstbischöflichen Bitten waren ausweichend. Solothurn gestand jetzt sogar freimütig, daß es angesichts der bernischen und baslerischen Annexionsgelüste für seine Exklaven Grenzkorrekturen auf Kosten des Fürstbistums anstrebe [4].

Neveu konnte somit auf dem Kongreß von keiner Seite mit Unterstützung rechnen. Auf Grund seiner zahlreichen Informationen aus den europäischen Hauptstädten hatte er schon vor Verhandlungsbeginn seine

[1] Zur Mission Heilmanns s. Bourquin, 55ff.; Guggisberg, 22/23; besonders aber Maag, 31–55. Zur Biographie Georg Friedrich Heilmanns: SBB IV, 23–35. Zu den schweizerischen Vermittlungsbemühungen: Biaudet, Monod III, 466; Beuchat, 53. Heilmann war im Gegensatz zu Billieux, Delfils und Moosthal (Klüber VI, 600, 609) nicht als offizieller Bevollmächtigter anerkannt.

[2] Zur Mission Zeerleders s. Dubler, 153–169.

[3] Zu Wieland s. C. Wieland, Bürgermeister Johann Heinrich Wieland in den Jahren 1813–1815, in: Basler Taschenbuch 11 (1863) 1–100. StABS, Politisches EE 2; Pr C 2/2, 32 v.

[4] BiASO 2, 5.9., 29.9., 14.10.1814; BiASO 3, Neveu an die katholischen Kantone, 3.11.1814, Antworten von Freiburg (7.11.), Luzern (9.11.), Obwalden (12.11.), Schwyz (13.11.), Solothurn (18.11.), Zug (24.11.).

Hoffnung auf einen Erfolg aufgegeben. Trotzdem beharrte er auf dem eingeschlagenen Weg. Er hoffte, auf diese Weise wenigstens in der Frage der Diözese und der Pensionen etwas zu erreichen [1].

Das Schweizer Komitee

Anfangs November 1814 wurde der Wiener Kongreß eröffnet. Am 14. November nahm das für die Behandlung der Schweizer Angelegenheiten zuständige Komitee seine Arbeit auf. Dem sechsköpfigen Ausschuß gehörten Freiherr Johann v. Wessenberg (für Österreich), Freiherr vom Stein und Graf Capo d'Istria (für Rußland), Lord Stewart und Sir Stratford-Canning (für Großbritannien) und Freiherr Wilhelm v. Humboldt (für Preußen) an. Von der dritten Sitzung an (30.11.1814) nahm auch der französische Vertreter Emmerich Joseph v. Dalberg an den Verhandlungen teil. Präsident des Schweizer Komitees wurde der Basler Ex-Domherr Wessenberg [2].

In der ersten und zweiten Sitzung am 14. und 15. November fällte das Komitee bereits einen für das Schicksal des Fürstbistums wichtigen Vorentscheid: die Integrität der 19 Kantone wurde garantiert und die Gebietsansprüche Berns an die Waadt und den Aargau abgelehnt. Die Mächte anerkannten aber angesichts der Bedeutung Berns innerhalb der Eidgenossenschaft und angesichts seiner großen Verluste während der Revolution dessen Anspruch auf Entschädigung. Dazu sollte das Fürstbistum ganz oder teilweise dienen [3].

An der dritten Sitzung vom 30. November stellte Zeerleder in einer ausführlichen Denkschrift die territorialen Forderungen Berns vor: Rückgabe eines Teils des Kantons Aargau und Anschluß des helvetischen

[1] Neveu beurteilte seine Chancen so: «D'après toutes ces mesures et démarches rien ne paroit plus pouvoir empêcher ma réintégration. Cependant je suis bien éloigné de trop présumer du succès, mais il est de mon devoir de soutenir les droits de mon Eglise» (BiASO 2, Neveu an Testaferrata, 21.9.1814) und «à l'instar de V. A. je conserve peu d'espoir pour le rétablissement des Princes Ecclesiastiques, qui cependant serait conforme aux interets bien vûs de la politique et de la religion. Mais si au moins nous pouvions sauver l'Eglise germanique, à laquelle je prendrai toujours le plus vif interêt, malgré que je ne fasse plus partie de son hiérarchie!», (BiASO 3, Neveu an Fürstbischof von Lüttich, 28.10.1814).

[2] Neveu korrespondierte mit Wessenberg, der sich aber zu keinen Zusagen verleiten ließ (BiASO 3, 9.11.1814). Trotzdem glaubte man in Offenburg und Pruntrut in ihm und in Capo d'Istria treue Freunde des Hochstifts zu haben (BiASO 3, 31.10., 25.11., 3.12.1814).

[3] Klüber V, 178–181 und 184–192.

Gebiets des Fürstbistums Basel. Er legte dem Komitee die Bittschrift der berntreuen Münstertaler vor, die beweisen sollte, daß das Volk im Südjura zu Bern dränge [1].

Im Komitee stand damit das Schicksal des Südens schon früh fest. Unklar war die Zukunft des Nordens. Bereits vor Beginn der Verhandlungen war verschiedentlich der Plan aufgetaucht, das herrenlose Land dem Kanton Genf zu übergeben, der es im Tausch gegen das Pays de Gex an Frankreich abtreten könnte. Damit hätte Genf seine ersehnte Landverbindung zur übrigen Schweiz und eine ansehnliche Abrundung seines Staatsgebietes erhalten [2].

In der sechsten Sitzung am 13. Dezember schlug der eifrigste Protektor Genfs, Lord Stewart, diesen Tausch den Mächten vor. Preußen, Rußland und Frankreich waren dem Handel wohlgesinnt. Einzig Wessenberg meldete Bedenken an. Als aber die Siegermächte auf die Forderung Frankreichs, Bern einen Teil des Aargaus zurückzugeben, nicht eingingen, widerrief Ludwig XVIII. am 24. Dezember auf Rat Talleyrands seine Zustimmung. Das Schweizer Komitee ließ am 20. Februar 1815 das Tauschprojekt fallen. Es beschloß mit den Stimmen Preußens, Österreichs, Frankreichs und Englands auch Pruntrut zum Kanton Bern zu schlagen. Rußland behielt sich seine Meinung noch vor [3].

Billieux und Delfils auf dem Kongreß

Aufmerksam verfolgten die beiden Landesdeputierten den Kongreßverlauf. Über die Verhandlungen im Schweizer Komitee waren sie nur mangelhaft unterrichtet. Sie versuchten, über die verantwortlichen Minister Informationen einzuholen und den Gang der Dinge zu beeinflussen. Es gelang ihnen nicht, den Mächten irgendwelche Zusagen für einen eigenen Kanton abzuringen. So erklärte Metternich gegenüber Billieux ausweichend, «qu'il portoit un vif interêt au sort de l'Evêché de Bâle, et cherchoit à le rendre heureux» [4].

[1] Ebd., 192–205.

[2] Zum genferischen Tauschplan s. CHAIGNAT, 35–52; WAEBER, 201–259.

[3] KLÜBER V, 221, 227/28, 304; PALLAIN, 309/10. Vgl. dazu den Bericht von Lord Stewart an Lord Castlereagh vom 14.12.1814 (BAr, Abschriften, London 32): «This suggestion was received favourably by the different allied Powers, though on the part of Austria the Baron de Wessemberg represented the difficulty that would arise from this portion of Bâle, being either under a provisional administration or regulated by the Helvetique Confederation (...) I could give no consent to the Porentrui being included in the offer made to Berne.»

[4] BiASO 3, 25.11.1814.

Bis Anfang Dezember hielten Billieux und Delfils einen günstigen Entscheid für möglich [1]. Nachdem der französische Vertreter zum erstenmal an der Sitzung des Schweizer Komitees teilgenommen hatte, eröffnete ihnen jedoch der französische Diplomat Noailles unverblümt, daß zum Bedauern Frankreichs eine Wiederherstellung des Fürstbistums unmöglich sei. Die Mächte hätten als Grundsatz beschlossen, keine geistlichen Staaten mehr zuzulassen [2].

Als im Dezember auch durchsickerte, daß auf Betreiben Englands das Fürstbistum als Entschädigung an Bern fallen werde, alarmierte Billieux den Fürstbischof. Er beschwor ihn, mit allen Mitteln wenigstens Frankreich vom englischen Entschädigungsplan abzuhalten.

Neveu sandte sogleich Wangen mit einem neuen Bittschreiben zu Ludwig XVIII. und flehte ihn an, die Aufteilung des Fürstbistums unter die protestantischen Nachbarn zu verhindern. Zur allgemeinen Überraschung empfing der französische König den Basler Domherrn nur wenige Tage später sehr freundlich. Ohne Umschweife stellte er jedoch fest, daß die weltliche Herrschaft der Basler Bischöfe auf Grund von höheren Überlegungen nicht mehr wiederhergestellt würde [3].

Am 16. Januar 1815 wurden Billieux und Delfils endlich vor das Schweizer Komitee geladen. Die beiden «Députés de l'Evêché de Basle» legten

[1] So noch am 30.11.1814 (BiASO 3, Delfils an Neveu): «ce que je puis assurer à Votre Altesse, c'est que de tous les Princes ecclésiastiques Vous êtes, Monseigneur, celui qui avez le plus d'espoir à être rétabli, vous le devez surtout aux vœux des habitants, qui seuls parmi les sujets écclésiastiques ont hautement demandé la réintégration de leurs anciens Princes».

[2] Dazu die Berichte aus Wien (BiASO 3, Billieux an Neveu, 3.12.1814): «M. l'ambassadeur me repondit *assez sechement* que les obstacles au retablissement du Gouvernement temporel de Votre Altesse ne provenoient pas de la part du Roi qui l'auroit vu volontiers, mais des Souverains alliés qui avoient adoptés en principe qu'il n'y auroit plus de Souveraineté ecclesiastique (...) depuis deux jours nous sommes informés de Sources que de nouveau il est question de donner l'Eveché de Bale à Berne pour l'indemniser des Cantons d'Argovie et de Vaud. L'Angleterre se prononce pour cette mesure, et ce qui est etonnant la France aussi l'appuie. Tous nos Efforts se dirigent contre ce projet qui nous enleveroit tout espoir de Votre retour comme Souverain, Monseigneur, et de notre independance: nous redoublerons d'activité dans ce moment critique en raison du malheur imminent qui en resulteroit pour notre Patrie».

[3] BiASO 3, 7.12., 15.12. (Neveu an Wangen: «il faut tenter tous les moyens qui nous restent»), 18.12.1814. Über die Audienz Wangens bei Ludwig XVIII. (BiASO 3, Wangen an Neveu, 3.1.1815): «mais que quand (!) à la jurisdiction temporel (!) de vos états cela ne dépendoit pas de lui et qu'il craignoit que cela ne souffrit beaucoup de difficultés».

den Ministern eine Denkschrift vor. Darin forderten sie die von sechs Siebteln des Volkes gewünschte Rückkehr des Landes unter die gerechte, liberale und väterliche Regierung des Fürstbischofs und den Anschluß als unabhängiger Kanton an die Schweiz. Sie rechneten den Ministern vor, daß das Fürstbistum mit 140 Quadratmeilen und 70 000 Einwohnern einen der größten Kantone der Eidgenossenschaft bilden würde und gleich groß wäre wie Basel und Solothurn zusammen. Nachdem schon Genf, Neuenburg und das Wallis in den Bund aufgenommen worden waren, forderten sie für ihre Heimat dasselbe: «rester réunis en famille, et de voir leur pays à l'avenir, comme par le passé, former un état particulier». In bewegten Worten baten Billieux und Delfils die Minister, sie nicht als einzige Schweizer ihrer Unabhängigkeit zu berauben und ihre Heimat unter die Nachbarn aufzuteilen.

Wessenberg versicherte ihnen, daß das Fürstbistum zur Schweiz geschlagen würde, wollte aber nicht sagen wie. Dalberg gab dagegen offen zu, daß das Land an Bern fallen werde. Billieux und Delfils protestierten sogleich. Die Minister antworteten ungerührt, daß für diesen Entscheid der Mächte höhere europäische Interessen, der Friede in der Schweiz und frühere Zusagen maßgebend seien. Wessenberg und Dalberg versprachen, dafür besorgt zu sein, daß die Vereinigung mit Bern für das Land vorteilhaft sein werde [1].

Die Stimmung bei den jurassischen Landesdeputierten und den beiden fürstbischöflichen Vertretern sank auf Null. Delfils, der noch einige Tage zuvor dem preußischen Vertreter Humboldt stolz erklärt hatte, daß die Bewohner des Fürstbistums Basel lieber alle ihre Dörfer anzünden und sich totschießen lassen wollten, als Bern einverleibt zu werden, verlor allen Mut. In seiner Verzweiflung sah er keinen andern Ausweg, als ausgerechnet den machtlosen Fürstbischof um Hilfe anzuflehen [2]!

[1] Klüber V, 258–261. BiASO 4, Billieux' Bericht an Neveu vom 17.1.1815: «Qu'il nous est douloureux, Monseigneur, que les espérances qu'en arrivant ici nous avions conçues sur la restitution à Votre Altesse de ses droits temporels, n'aient été que mensongères. Du moment que sérieusement on s'est occupé du Sort de la Principauté, on a prétendu que la *Politique européene* et l'Esprit du temps n'admetont plus de Souveraineté ecclesiastique. La Religion de Votre Altesse est au dessus de toute ambition, je le sais, mais je déplore l'espérance honorable de mes Compatriotes si cruellement trompée».

[2] BiASO 4, 25.1.1815 (Delfils an Neveu): «Cette réunion vous mettra, Monseigneur, à même de prendre des mesures nécéssaires et encore plus efficaces pour détourner l'orage qui nous menace».

Die Unglücksnachrichten aus Wien erreichten den Fürstbischof auf seiner Pastoralreise. Andlau und Neveu beschlossen, angesichts der hoffnungslosen Lage alles daran zu setzen, um vom Kongreß möglichst günstige Bedingungen für die Vereinigung des Fürstbistums mit Bern zu erwirken [1].

Billieux arbeitete einen Katalog mit 21 Forderungen für die Kapitulation zwischen dem neuen Landesherrn und dem Fürstbistum aus. Darin verlangte er Garantien für den katholischen Volksteil und die kirchlichen Institutionen, politische Gleichstellung mit den Alt-Bernern, Autonomie in Verwaltungs-, Gerichts- und Steuersachen und Garantien für die Nationalgüter, die Beibehaltung der französischen Gesetzgebung und die individuelle Freiheit. Als Zeichen der jurassisch-bernischen Vereinigung forderte er ein neues, gemeinsames Staatswappen mit Berner Bär und Basler Stab [2]!

Neveu und die Landesdeputierten hatten mit ihren Forderungen bei Wessenberg Erfolg. Er versprach Billieux, seinen Einfluß als Präsident des Schweizer Komitees geltend zu machen, um den Bischof und die Einwohner zu befriedigen [3].

Unverhofft schien Rußland in letzter Minute als Retter aufzutreten. Am 8. Februar hatte sich der Erzieher Zar Alexanders, der Waadtländer

[1] BiASO 4, 3.2.1815 (Andlau an Metternich): «Ce pays ne soit pas donné avant que les bases de sa capitulation ne soyent arrêtées à Vienne même.» Vgl. dazu auch die Instruktion Schumachers an Billieux (BiASO 4, 10.2.1815): «Il paroit donc de la dernière importance, que nous soyons garantis contre tous les traitements arbitraires et abusifs de ceux, auxquels nous serons réunis et nous ne soyons point réunis ou cedés comme sujets, mais comme les cytoyens libres qui devront participer à la jouissance de tous les mêmes droits, privilèges et immunités, dont jouiront tous les autres Cytoyens des Cantons et notamment des Villes Capitales de Berne, Neufchâtel, Soleure et Basle et que les Cantons ne puissent point changer et infirmer par des *Constitutions Cantonales* les conditions du souvent dit *Acte de la Confédération*».

[2] BiASO 4, 11.3.1815.

[3] Vgl. dazu den Bericht Joseph v. Neveus an seinen Onkel (BiASO 4, 14.3.1814): «C'est lui (*scil.* Wessenberg) qui vû l'impossibilité de rendre au pays de Porrentrui son ancien Prince, employa tout son crédit, comme président du comité suisse, pour faire au moins prononcer la réunion au canton de Berne d'une manière, qui assure autant les droits politiques des habitans, que la dotation de l'Evêque, de son chapître et de son séminaire; – c'est également lui, qui le premier a senti la justice d'une Pension pour la personne de Votre Altesse, en raison de la partie anciennement suisse de l'Evêché de Bâle».

Frédéric-César de la Harpe, in einer Eingabe an das Schweizer Komitee für die Bildung eines eigenen Kantons im Jura ausgesprochen [1].

Zar Alexander, der die Abneigung seines Erziehers gegen die Aarerepublik teilte, verlangte von Bern, daß es seine extrem aristokratische Verfassung ändern müsse. Billieux, der nicht glaubte, daß Bern nachgeben würde, triumphierte bereits und hoffte, der Entschluß der vier übrigen Mächte werde am Widerstand des Zaren scheitern.

Zeerleder sträubte sich anfänglich gegen jede von außen aufoktroyierte Verfassungsänderung. In einer Konferenz mit Capo d'Istria gab der Berner Gesandte aber schließlich in vier Punkten nach. Sie betrafen die Vertretung der Städte und Gemeinden im Großen Rat, den Wahlmodus und den Zugang zum bernischen Bürgerrecht. Der letzte Widerstand gegen die Einverleibung des Fürstbistums in den Kanton Bern war damit beseitigt [2].

Die Kongreßerklärung vom 20. März 1815

Die überraschende Rückkehr Napoleons nach Frankreich trieb den Kongreß zur Eile an. Am 20. März unterzeichneten die Signatarmächte des ersten Pariser Friedens das Schlußdokument, das die Schweizer Angelegenheiten regelte. Es beruhte weitgehend auf dem Entwurf des Schweizer Komitees vom 16. Januar [3].

Das Fürstbistum Basel wurde Bern zugesprochen; ausgenommen waren das Birseck, das an Basel fiel, und die kleine Gemeinde Lignières, die Neuenburg zugeteilt wurde. Ein Teil der Forderungen, die Billieux und Neveu noch kurz vor Abschluß des Kongresses vorgebracht hatten, wurden in den Artikeln 3 und 4 erfüllt: die Einwohner des Fürstbistums wurden den Alt-Bernern und Alt-Baslern rechtlich und politisch gleichgestellt, der bestehende konfessionelle Zustand garantiert, der Verkauf der Nationalgüter und die Abschaffung der Feudallasten gewährleistet. Die Bedingungen für die Vereinigung des Fürstbistums mit Bern und

[1] Klüber V, 356–363. Vgl. dazu La Harpes Vorstöße bei Zar Alexander in der gleichen Sache: Biaudet, La Harpe II, 513, 531, 555, Anm. h.

[2] Zu den russischen Verfassungswünschen: Beuchat, 60–63; Comment, 46–48; Koller, 105–107; Ballmer, 25. BiASO 4, Billieux an Neveu, Wien 11.3.1815.

[3] «Déclaration des puissances signataires du traité de paix du 30 mai 1814, rassemblées en congrès à Vienne, sur les affaires de la Suisse; en date de Vienne le 20 mars 1815», abgedruckt bei Klüber V, 310–318 und Repertorium II/2, 786–794. Das Fürstbistum Basel betreffen Art. 3 und 4.

Basel sollten in getrennten Reunionsverhandlungen durch paritätische Kommissionen ausgehandelt werden. Die Eidgenossenschaft übernahm die Garantie der beiden Vereinigungsurkunden und verpflichtete sich, bei Differenzen innerhalb der beiden Kommissionen einen Schiedsrichter zu bestimmen.

Der Kanton Bern wurde verpflichtet, Neveu für den ehemals schweizerischen Teil des Fürstbistums jährlich eine Pension von 12 000 fl auszusetzen. Davon war ein Viertel für die Domherren bestimmt. Für den Fall, daß die Diözese Basel weiterbestehen würde, mußte Bern im Verhältnis gleichviel wie die anderen Kantone zum Unterhalt des Bischofs, des Kapitels und des Priesterseminars beitragen. Der Entscheid über das Schicksal des Basler Bischofsstuhles wurde der Tagsatzung übertragen.

Reaktionen

Die Enttäuschung über den Ausgang des Kongresses war in Wien und Offenburg groß. «Dans l'acte du Congrès qui nous concerne, nos espérances les plus chères (ont été) trompées à l'égard surtout des interets de Votre Altesse et de son Siège», schrieb Billieux niedergeschlagen dem Fürstbischof [1]. Sein einziger Trost war die Gewißheit, im bevorstehenden Kampf der verbündeten Mächte gegen Napoleon unter dem Schutz der eidgenössischen Neutralität zu stehen:

> «D'après la manière dont on dispose des Peuples, nous devons toutefois nous estimer heureux d'être Suisses puisque nous payerons peu et seront étrangers aux querelles politiques» [2].

Am 2. April verließen Billieux und Delfils Wien und reisten nach Pruntrut zurück.

Die Nachricht von der Aufteilung des Landes unter Bern und Basel traf am 6. April im Fürstbistum ein. Sie ging in der allgemeinen Aufregung und Angst vor dem wiederausgebrochenen Krieg unter. Die ersten militärischen Erfolge Napoleons schienen die Deklaration des Wiener Kongresses zu einem wertlosen Fetzen Papier werden zu lassen. In Delsberg und Pruntrut machte sich die französische Partei wieder bemerkbar. Eine Petition mit 140 Unterschriften verlangte von Napoleon bereits wieder die Vereinigung des Landes mit Frankreich.

[1] BiASO 5, 29.3.1815.
[2] BiASO 5, 15.3.1815.

Erst nach der Schlacht von Waterloo wandte sich die Aufmerksamkeit der Bevölkerung den Beschlüssen des Wiener Kongresses zu. Allgemein herrschte Freude darüber, nun zur Schweiz zu gehören und dem Krieg heil entronnen zu sein. Dies tröstete fürs erste auch den katholischen Norden über den Verlust der staatlichen Unabhängigkeit hinweg. Im Süden war man dagegen mit dem Ergebnis des Kongresses mehrheitlich zufrieden. Selbst die meisten Bieler weinten dem Traum von einem eigenen Kanton keine Träne nach [1].

Neveu reagierte gelassen auf den Ausgang des Kongresses. Seit Wochen hatte sich der Mißerfolg seiner Bemühungen immer deutlicher abgezeichnet. Die Schuld daran schob er den Nachbarkantonen Bern, Basel und Solothurn zu, denen er vorwarf, die Aufteilung des Fürstbistums von langer Hand vorbereitet und betrieben zu haben. Er konnte jedoch seine Enttäuschung über den endgültigen Verlust seiner Lande nicht ganz verbergen:

> «Il n'a pas été possible de déraciner les préjugés et l'aversion qu'on a dans ce siècle éclairé contre les Régences Ecclesiastiques, ni même d'obtenir que le pays fut établi un Canton helvetique à l'instar du Vallais, du Neufchatelois et du Genevois.» [2]

Am meisten bewegte Neveu die Regelung der Basler Bistumsfrage. Er war empört, daß der Kongreß den Entscheid über das Weiterbestehen

[1] Zit.: ELSÄSSER, 73. Im weiteren GUÉLAT II, 89–93, 118/19 (5. August 1815: «Le sort de l'Evêché de Bâle, remis aux soins du Congrès de Vienne est maintenant [!] fixé»); FOLLETÊTE, Origines, 408/09. StALU, RP 35, 410. Die Historiker haben sich mit den Reaktionen im Land nach dem Entscheid des Wiener Kongresses beschäftigt. Ziemlich allein stehen BESSIRE, 243 und BEUCHAT, 35, 38, 68/69, 76/77 («Le peuple ... n'avait contre Berne aucune prévention») mit ihrer These, daß der Anschluß an Bern positiv aufgenommen worden sei. QUIQUEREZ, Réunion, 126–130 stellt richtig fest, daß nur Moutier eindeutig zu Bern wollte, während der ganze katholische Teil die Rückkehr des Fürstbischofs und einen eigenen Kanton wollte. Ihm folgen GIRARD, 30; MEYER, 51 und STEINER, 13. Für GRESSOT, 67 ist die Strömung, die zu Bern drängte, die schwächste im Volk. Anlaß zu Diskussionen gab in den letzten Jahren die Frage der Kompensation (s. BIAUDET, Handbuch II, 885, Anm. 78; BÉGUELIN, Europe-Jura, 29 und BOUQUET, 88–120). Es ist Bouquet zuzustimmen, wenn er feststellt: «L'idée du Jura livré à Berne pour sauver l'indépendence vaudoise est certainement un mythe» (S. 120). Die Entschädigung Berns für seine Verluste in der Waadt und im Aargau war in Tat und Wahrheit nur einer der Gründe für die Entscheidung des Kongresses. Im Vordergrund standen – besonders bei Österreich und Frankreich – die militärische Sicherung der schweizerischen Nordwestgrenze durch einen mächtigen Kanton und die politische Stärkung Berns innerhalb der Eidgenossenschaft.

[2] Zit.: BiASO 5, 6.4.1815. Im weiteren ebd., 22.2.1815; BiASO, Domkapitel, 18.4.1815.

seiner Diözese der konfessionell gemischten Tagsatzung übertragen hatte. Er sah darin einen Anschlag der Protestanten, besonders seiner Basler «Erbfeinde», auf die Existenz des Bistums. Erst die Zusicherungen aus Wien und Luzern, daß der Papst nie Hand zur Auflösung des Bistums Basel bieten würde, beruhigten ihn [1].

Neveu wollte sofort nach Bekanntwerden der Wiener Kongreßbeschlüsse das Domkapitel nach Freiburg i. Br. zusammenrufen, um über die weiteren Schritte zu beraten. Wegen der Kriegsgefahr kam die Sitzung nicht zustande. In einer Vernehmlassung auf dem Korrespondenzweg schlossen sich die Domherren Generalvikar Maler an und forderten, daß nun die Rettung des Bistums und eine ausreichende Dotation der mensa episcopalis oberstes Ziel der bischöflichen Politik sein müsse. Im Gegensatz zu Neveu, der ungeduldig zu raschen Taten drängte, schien den Domherren angesichts der politischen Lage die Regelung der Bistumsfrage noch verfrüht [2].

5. Die Vereinigung des Fürstbistums mit Bern und Basel

Die Reunionsverhandlungen von Biel und Arlesheim [3]

Die Übergabe des Fürstbistums an die Kantone Bern und Basel verzögerte sich. Am 10. April ließ die Tagsatzung den Norden besetzen. Am 27. Mai ratifizierte sie die Beschlüsse des Wiener Kongresses.

Da der Kanton Bern die vom russischen Zaren erzwungenen Verfassungsreformen nicht schnell genug vollzog, forderten am 18. Juli die alliierten Gesandten in Zürich die Schweiz auf, das Fürstbistum vorder-

[1] BiASO 5, 29.3.; BiASO, Domkapitel, Nuntius an Neveu, 25.4.1815: S.(a) S.(ainteté) «non seulement ne consentira jamais à l'extinction positive de votre Evêché, mais qu'elle mettra tout en œuvre pour le conserver, et *augmenter sa stabilité*. C'est là une conditio sine qua non pour l'érection d'un nouvel Evêché dans les cantons séparés du Siège de Constance».

[2] BiASO 5, 5.4., 8.4., 10.4., 12.4., 17.4.1815; BiASO, Domkapitel, 2.–10.5. 1815 (Antworten der Domherren).

[3] Zur bernischen Acte de Réunion s. die grundlegende Arbeit von COMMENT, HUBER, v. GREYERZ, bes. S. 41–83; DAUCOURT, Annexion, 27–34; QUIQUEREZ, Réunion, 71–82; STOCKMAR, Considérations, 23–28; FOLLETÊTE, Acte de Réunion, 91–108; VIATTE, 81–91; BALLMER, 31–34 und die juristische Dissertation von STEINER, die weitgehend dem Gutachten Comments folgt. Die Verhandlungen mit Basel sind noch nicht untersucht. Kurze Darstellung bei WEBER, 367–372; GILLIÉRON, 1; MEYER, 51/52.

hand nicht Bern und Basel zu übergeben, sondern so lange im Namen der Eidgenossenschaft verwalten zu lassen, bis Bern sein Versprechen eingelöst habe [1]. Die Tagsatzung ernannte den Zürcher Alt-Bürgermeister Johann Konrad v. Escher zum Bundeskommissar. Am 23. August übergab ihm Generalgouverneur Andlau in Pruntrut feierlich die Verwaltung des Fürstbistums.

Bern protestierte gegen die eidgenössische Zwischenherrschaft, trieb nun aber seine Verfassungsrevision voran. Am 21. September nahm der Berner Rat die in mehreren Punkten geänderte Verfassung an. Damit wurde der Weg zu den Reunionsverhandlungen frei.

Die sieben Berner Unterhändler standen Ende September fest. Basel hatte bereits am 12. September eine Vorbereitungskommission eingesetzt. Erst am 30. Oktober teilte Escher im Namen des Vororts den sieben Deputierten, die mit Bern, und den drei, die mit Basel verhandeln sollten, überraschend ihre Ernennung mit. Er legte den Beginn der Reunionsverhandlungen in Arlesheim und Biel auf den 3. November fest [2].

Die drei Birsecker Vertreter ließen sich nicht überrumpeln. Sie erzwangen von Basel einen Aufschub von vier Tagen, um sich untereinander vorher abzusprechen. Am 7. November wurden in Arlesheim und vom 3. bis 14. November in Biel die Vereinigungsbedingungen ausgehandelt [3].

Am 23. November ratifizierte Bern, am 6. Dezember Basel die Vereinigungsurkunden. Am 21. Dezember übergab Escher in Delsberg den an Bern gefallenen Landesteil dem Berner Kommissar Mutach und am 28. Dezember in Arlesheim das Birseck dem Basler Bürgermeister Ehinger [4].

[1] BAr, Tagsatzung 1814–1848, 2126, No. 159–162, 169.

[2] Die Unterhändler in Biel waren für das Fürstbistum: Konrad Ursanne Joseph v. Billieux (Pruntrut), Joseph Arnoux (Bürgermeister von Pruntrut), Anton v. Grandvillers (Bürgermeister von Delsberg), Jacques Gobat (Friedensrichter von Crémines), Jean-Henri Belrichard (Maire von Courtelary), Jacques-Georges Chiffele (Präsident des Rates von La Neuveville) und Friedrich Heilmann (Mitglied der Regierungskommission von Biel). Für Bern: Abraham Friedrich v. Mutach, David Rudolf v. Fellenberg, Karl Rudolf v. Kirchberger, Gottlieb v. Jenner, Emanuel Ludwig v. Ougsburger, Karl Ludwig v. Haller, Albrecht Friedrich v. May. Die Unterhändler in Arlesheim waren für das Birseck: Jakob Höllschi (auch Heltschy, Helschy, aus Arlesheim), Joseph Hofmaier (Pfeffingen) und Peter Hügin (Oberwil). Für Basel: Oberst Stähelin, Emanuel La Roche-Merian, Statthalter Gysendörffer (die Vorbereitungskommission bestand aus Bürgermeister Wieland, Oberst Stähelin, Abel Merian und Staatsschreiber Braun: StABS, Prot. C 2/2, 168 v).

[3] Vereinigungsurkunde mit Bern abgedruckt bei COMMENT, 10–21; mit Basel bei LUTZ, Geschichte, 159–165 und FEIGENWINTER, 14–18.

[4] Zur Übergabe: DAUCOURT, Annexion, 34–40 und ders., Delémont, 593–595; MEYER, 52; LUTZ, 165/66. Basler Besitznahme-Patent vom 26.12.1815 bei LUTZ, Geschichte, 157–159 und FEIGENWINTER, 19/20.

Neveu war entschlossen, an den Reunionsverhandlungen mit Bern und Basel teilzunehmen. Es ging ihm in erster Linie darum, von den neuen Landesherren Garantien für die freie Religionsausübung und für die Existenz der Diözese Basel zu erlangen. Er war nun auch bereit, sofort nach Pruntrut zu übersiedeln, um die Position der Katholiken zu verstärken. Andlau und die Domherren rieten ihm aber davon ab [1].

Im Juni ernannte Neveu die Domherren Wangen und Ligerz zu seinen Unterhändlern. Als Grundlage seiner Ansprüche an Bern und Basel übernahm er die von Billieux in Wien ausgearbeiteten 21 Forderungen. Er stand mit Arnoux und Billieux, die bereits Ende Mai von Andlau provisorisch als Vertreter des Fürstbistums bestimmt worden waren, während der ganzen Vorbereitungszeit in engem Kontakt. Im August reiste der Fürstbischof mit Schumacher über Arlesheim nach Luzern, wo er mit Nuntius Testaferrata und Auditor Cherubini das weitere Vorgehen in den Fragen der Reunion und des neuen Bistums Basel besprach [2].

Billieux orientierte am 30. Oktober den überraschten Fürstbischof vom baldigen Beginn der Verhandlungen. Neveu protestierte gegen das überstürzte Vorgehen des Vororts Zürich und der beiden Kantone Bern und Basel. Er war besonders entrüstet, daß man ihn nicht zu den Verhandlungen eingeladen hatte, nachdem die kirchlichen Fragen im Vordergrund standen. Für den Fürstbischof waren die Reunionsverhandlungen von vorneherein irregulär, da Zürich für die Verhandlungen mit Bern nur drei katholische Vertreter bestimmt hatte, obwohl zwei Drittel der Bevölkerung im Fürstbistum katholisch waren. Er verdächtigte Bern, mit dem überstürzten Verhandlungsbeginn die Vertreter aus dem Fürstbistum überrumpeln zu wollen, um sich das Land zu möglichst günstigen Bedingungen einverleiben zu können [3].

Fürstbischof Neveu leitete sofort die vorbereiteten Maßnahmen ein. Er schickte Billieux Anweisungen, wie er in den kirchlichen Fragen vorzugehen habe. Der Berner und Basler Regierung kündigte er an, er werde

[1] BiASO 4, 20.2., 9.3., 11.3.1815.

[2] BiASO 4, 27.2., 17.3.; BiASO 5, 17.3., 20.3., 29.3., 2.4., 31.5., 5.6., 13.6., 1.8., 10.8., 2.9.1815.

[3] BiASO 5, 20.10., 4.11.1815 (Neveu an den Nuntius: «sans accorder aux habitans de la Principauté la faculté de se faire représenter pour la stipulation de l'acte de leur réunion par des députés de leur propre choix»).

sich durch zwei Abgesandte an den Verhandlungen beteiligen. Er zitierte Domherrn Wangen und Scheppelin, den er anstelle des kranken Ligerz zu seinem zweiten Vertreter ernannt hatte, nach Offenburg und übergab ihnen die Instruktionen [1].

Am 20. November reisten Wangen und Scheppelin ab und erfuhren in Arlesheim, daß die Verhandlungen bereits beendet waren. In Pruntrut wurden sie von Billieux und Arnoux über die in Biel ausgehandelten Reunionsakten orientiert. Wangen und Scheppelin reisten darauf in Begleitung Migys nach Bern, wo ihnen ein überraschend freundlicher Empfang bereitet wurde. In Bern und darauf in Solothurn führten sie die ersten Gespräche über die hängigen Bistumsfragen. Dabei wurde ihnen eröffnet, daß Solothurn am Bischofssitz, am Kapitel und am Priesterseminar interessiert und bei den andern Kantonen deswegen vorstellig geworden sei [2].

Obwohl seine Gesandten zu spät in der Schweiz eingetroffen waren, zeigte sich Neveu von der Reise und vom Ergebnis der Reunionsverhandlungen befriedigt. Die Garantien für die Katholiken entsprachen seinen Wünschen. Die entgegenkommende Haltung Berns überraschte ihn. Im Kanton Basel sah er dagegen nach wie vor seinen Hauptfeind. Zwar hatten die Birsecker die gleichen günstigen Bedingungen wie die übrigen Jurassier erhalten. Beim Antrittsbesuch Malers und Tschans in Basel äußerte sich jedoch Bürgermeister Wieland abfällig über Neveus verspätete Intervention. Der Fürstbischof wurde damit in seiner Überzeugung bestätigt, daß dem protestantischen Kanton Basel die Existenz eines Bistums gleichen Namens ein Dorn im Auge sei und die Basler auf die Vernichtung seines Bischofsstuhles hinarbeiteten [3].

Die gescheiterte Teilnahme an den Reunionsverhandlungen und die Reise Wangens und Scheppelins in die Schweiz waren die letzten politischen Aktionen, mit denen Neveu versuchte, das Schicksal seiner früheren Untertanen mitzugestalten. Fortan konzentrierten sich seine Bestrebungen nur noch auf kirchenpolitische Ziele: die Rettung und Neugründung des Bistums Basel.

[1] BiASO 5, 2.11., 2./4.11., 6.11., 10.11.; StABE, Geh. RM, 4, 65/66; StABE, Kl. RM, 34, 289.

[2] BiASO 5, 23.11., 27.11., 2.12.1815; StABE, Geh. RM, 4, 280/81.

[3] BiASO 5, 24.11., 4.12. (Neveu an Maler: «je puis dire, qu'en somme Berne a surpassé mon attente»), 9.12.1815. WEBER, 370.